

Rußländische Nation - Fiktion oder Rettung für Rußland?

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1999). *Rußländische Nation - Fiktion oder Rettung für Rußland?* (Berichte / BIOst, 11-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43961>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
I. Einleitung.....	7
II. Die Rußländische Föderation – ein Staat, den niemand wollte	8
III. Die Konstruktion einer rußländischen Nation.....	12
1. Das sprachliche Konstrukt.....	12
2. Die demographische Basis und das Problem der Grenzen der rußländischen Nation.....	13
3. Die "Konzeption" der rußländischen Nation und ihre Feinde.....	16
IV. Rußländischer Nationalismus und rußländische Realitäten	19
1. Die nationalen Republiken	20
2. Die russischen Regionen.....	25
3. Die Wirtschaftskrise im Sommer 1998.....	28
Summary	31

2. Februar 1999

Gerhard Simon

Rußländische Nation – Fiktion oder Rettung für Rußland?

Bericht des BIOst Nr. 11/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Ethnonationalismus gehörte zu den Totengräbern der alten kommunistischen Ordnung. Ist er auch in der Lage, einen Beitrag zum Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung zu leisten? Wird es den Russen und den nichtrussischen Völkern in der Rußländischen Föderation (RF) gelingen, eine Staatsbürgergesellschaft zu schaffen, die sowohl die Belange des staatsbildenden russischen Volkes wie die der anderen Völker angemessen berücksichtigt? Oder bleibt die rußländische Nation eine Fiktion, ähnlich wie das Sowjetvolk? Die Gefahr besteht, daß die Ansätze für eine rußländische Nation zerrieben werden zwischen imperialer Nostalgie und realem Partikularismus und Separatismus.

Der vorliegende Bericht stützt sich auf russische wissenschaftliche und publizistische Materialien; er bezieht ebenso russische soziologische Untersuchungen und Zeitungsreportagen ein. Der deutsche und englischsprachige Forschungsstand wurden berücksichtigt.

Ergebnisse

1. Die Rußländische Föderation ist ein Staat, den in seiner heutigen Gestalt niemand gewollt und kaum jemand erwartet hat. Die RF ist geographisch identisch mit der RSFSR, der größten Unionsrepublik der UdSSR. In ihrem Selbstverständnis betrachtet sich die RF jedoch als einzigen Nachfolger der UdSSR, obwohl sie hinsichtlich Bevölkerung und Wirtschaftspotential nur halb so groß ist. Einerseits ist die RF Fortsetzer der mehr als tausendjährigen russischen Geschichte, andererseits ein Zerfallsprodukt des sowjetischen Imperiums. Einen Staat in diesen Grenzen und ein Staatsvolk in dieser ethnischen Zusammensetzung hat es niemals zuvor in der Geschichte gegeben.

Als die russischen demokratischen und reformerischen Kräfte seit Ende der 80er Jahre gegen das totalitäre sowjetische Imperium antraten, gingen sie davon aus, daß ein demokratisches Rußland zum Zentrum einer neuen Integration im eurasischen Raum werden würde. Die russischen Kommunisten traten ohnehin für die Erhaltung der UdSSR ein, sie wollten eine größere Rolle für die RSFSR im Rahmen der Union. Niemand konnte sich das vorstellen, was tatsächlich eintrat: der politische, ökonomische und kulturelle Zerfall eines riesigen Raumes, der in Jahrhunderten durch die Zaren und

Generalsekretäre der KPdSU zusammengebracht worden war. Die Russen waren jetzt kein imperiales Volk mehr, sie hatten aber auch keinen Nationalstaat. Die nichtrussischen Völker brachen überall zu nationaler Erneuerung oder Wiedergeburt auf.

2. 83% der heutigen Bevölkerung der RF von 147 Mio. Menschen sind ethnische Russen; die größte nationale Minderheit stellen die Tataren mit 3,8%. Die Bevölkerung ist also ethnisch relativ homogen, und insofern bestehen günstige Voraussetzungen für die Bildung einer die ethnischen Grenzen übergreifenden rußländischen Nation aller Staatsbürger. Dem stehen allerdings zahlreiche Hindernisse im Weg. Dazu gehört die aus sowjetischer Zeit überkommene administrativ-territoriale Gliederung. Neben den russischen Subjekten der Föderation gibt es 21 nationale Republiken, in denen 25,8 Mio. Menschen leben. Allerdings stellen die namengebenden Titularnationen nur in sieben Republiken mehr als die Hälfte der Bevölkerung; in allen anderen bilden die Russen die Mehrheit. Heftig umstritten sind die Grenzen einer rußländischen Nation. Gehören zu ihr jene 25 Mio. Russen, die heute in den anderen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR leben? Ist die russische Nation insofern geteilt und hat wie die Deutschen Anspruch auf Wiedervereinigung? Viele russische Nationalisten betrachten darüber hinaus Weißrussen und Ukrainer wie vor 1917 als untrennbaren Teil einer russischen oder ostslawischen Nation.
3. Die russische Regierung hat 1996 eine Konzeption ihrer nationalen Politik publiziert, in der Staat und Gesellschaft aufgerufen werden, für einen gesamtrußländischen Patriotismus einzutreten. Es gelte, die geistige Einheit und die Freundschaft der Völker der RF zu fördern. Neben die territoriale nationale Autonomie soll die personale Kulturautonomie treten, die allen Angehörigen von Minderheiten kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten sichert. Zu den Schwächen der Konzeption gehört, daß sie weder die besonderen Rechte der Russen und des russischen Ethnonationalismus in der RF thematisiert noch den Schutz nationaler Minderheiten konkret bestimmt. Die Formel von der Gleichheit aller Völker in der RF verdeckt die Realität und provoziert Mißtrauen.
4. Die Zahl der Skeptiker und Feinde des rußländischen Nationalismus ist groß. Die gemäßigten russischen Nationalisten treten dafür ein, die russische nationale Identität zu bestimmen und zu stärken. Nur so könne das imperiale Erbe überwunden und die russische Nationsbildung, die bisher hinter der Reichsbildung stets zurückgestanden hat, zu einem Abschluß gebracht werden. Auf der anderen Seite stehen die restaurativen Ultra-Patrioten. Für sie sind die Russen ein "Superethnos", das nicht auf einen Nationalstaat europäischen Zuschnitts beschränkt werden kann. Das russische "Superethnos" hat in seiner Geschichte zahlreiche Völker in sich aufgenommen. Seine Zukunftsaufgabe besteht darin, die geistigen und seelischen Grundlagen für die Bewältigung der globalen Krise am Ende des 20. Jahrhunderts zu schaffen. Die RF ist für das russische "Superethnos" zu klein.

In der Bevölkerung ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Identifikation mit der ruß-

ländischen Nation rückläufig. Sowohl Russen wie auch Nichtrussen identifizieren sich zunehmend zuerst als Angehörige ihrer Nation.

5. Die politischen und ökonomischen Realien im nachkommunistischen Jahrzehnt haben die Peripherie gestärkt und das Zentrum geschwächt. Die Welle der Souveränisierungen erfaßte seit 1990 zuerst die nationalen Republiken der RF und dann die russischen Territorien. 1993 drohte der wilde und unregelte Prozeß der Föderalisierung in den Zerfall des Staates überzugehen. Zunächst durch den Föderationsvertrag von 1992 und dann durch bilaterale Verträge seit 1994 wurde versucht, die Föderalisierung zu kanalisieren und in rechtliche Bahnen zu lenken. Das ist nur teilweise gelungen. Die Bilateralisierung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen hat dazu beigetragen, daß der asymmetrische Föderalismus eine große Spannweite erreicht hat. Tatarstan und Baschkortostan sind weitgehend eigenständige Republiken, wobei die Führungen separatistische Rhetorik vermeiden. In Tschetschenien übt Moskau keine Staatsgewalt mehr aus. In den Republiken vollziehen sich eine Ethnisierung und Etatisierung zugunsten der Titulnation, die an den Prozeß der Dekolonisierung in den sowjetischen Unionsrepubliken erinnern.
6. Den russischen Territorien wurden in den bilateralen Verträgen über die Kompetenzabgrenzung deutlich weniger Rechte zugestanden als den Republiken. Dennoch vollzieht sich auch hier vielfach ein Prozeß der Abkoppelung vom Zentrum. Die gewählten Gouverneure können nicht mehr wie Anfang der 90er Jahre vom Präsidenten abgesetzt werden. In vielen Regionen haben sich autoritäre Regime mit dem Gouverneur an der Spitze – analog zum Präsidialregime in Moskau – ausgebildet. Zu den informellen Klientelstrukturen gehören die Spitzenvertreter der regionalen Exekutive und Legislative, die Leiter der Betriebe und Banken, der politischen Vereinigungen und der regionalen Massenmedien. In diesem Patronage-Netzwerk besteht eine hochgradige wechselseitige Abhängigkeit. Die politische Zentrale in Moskau hat auf die Formierung und politische Ausrichtung dieser Klientelstrukturen kaum Einfluß. Neben die wachsende Selbständigkeit der Regionen gegenüber dem Zentrum tritt die zunehmende ökonomische und politische Differenzierung der Regionen untereinander. Die sozialökonomischen Distanzen wachsen.
7. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Sommer 1998 hat einen neuen Schub unregelter Regionalisierung ausgelöst. Angesichts der Hilflosigkeit der Zentralregierung handeln die Präsidenten der Republiken und die Gouverneure der russischen Territorien nach dem Motto: Rette sich, wer kann. Preisregulierungen, Einschränkungen des Warenverkehrs über die "Grenzen" der eigenen Region hinaus, ja die Ausrufung des Notstands haben dazu geführt, daß die RF weniger denn je ein einheitlicher Wirtschaftsraum ist. Die Eigenmächtigkeiten der regionalen Obrigkeiten stehen in den meisten Fällen im Widerspruch zu Gesetz und Verfassung. Aber sie finden in der Bevölkerung weithin Unterstützung. Die Menschen haben größeres Vertrauen zu ihrem regionalen Chef als zu den Führungsfiguren in Moskau. Zwei Drittel der Bevölkerung sind dafür, der regionalen

Administration das Recht einzuräumen, Anordnungen des Zentrums anzuhalten, wenn sie den örtlichen Interessen zuwiderlaufen.

8. Die Entstehung einer Staatsbürgernation in den Grenzen der RF wäre ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung Rußlands. Dies würde die Selbstbeschränkung Rußlands auf die Grenzen der RF voraussetzen, die Anerkennung bestimmter Prärogativen im politischen und kulturellen Bereich für die russische Nation sowie den Schutz der Minderheiten, der stets die Einschränkung der demokratischen Gleichheit verlangt. Der Blick auf die rußländischen Realitäten zeigt allerdings, daß vorerst von einer Konsolidierung der rußländischen Nation keine Rede sein kann. Gefahren drohen sowohl von der imperialen Rhetorik wie von Tendenzen zur Auflösung des einheitlichen politischen, rechtlichen und ökonomischen Raumes der RF. Was wünschenswert erscheint, wird nicht realisiert.

I. Einleitung

Der Ethnonationalismus im ehemals kommunistischen Osten Europas gehörte zu den Totengräbern der kommunistischen Ordnung. Zugleich beanspruchte er, Baumeister des nachkommunistischen Europas zu sein. Nach zehn Jahren fällt die vorläufige Bilanz außerordentlich unterschiedlich aus: In vielen Staaten Ostmitteleuropas hat der Ethnonationalismus einen Beitrag zum Aufbau einer demokratischen und pluralistischen Ordnung geleistet. In Bosnien-Herzegowina und in Rest-Jugoslawien hat er zu Ausbrüchen von Völkerhaß und Völkermord geführt, die jedenfalls in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts für überwunden galten. Damit bestätigt sich einmal mehr die Janusköpfigkeit des Nationalismus, der sich sowohl mit liberal-emanzipatorischer wie mit rassistisch-totalitärer Politik verbünden kann.

Während an der Realität des Ethnonationalismus und der Nationen in Ostmittel- und Südosteuropa kein Zweifel besteht, gilt das für Rußland und die Russen nicht in gleicher Weise. Gewiß existiert ein russischer Nationalismus, der sich allerdings nach seiner Geschichte und gegenwärtigen Erscheinungsform signifikant von der europäischen Normalität unterscheidet. Ob es aber eine russische Nation gibt, ist eine offene Frage. Sie wird sowohl in Rußland wie auch in der westlichen Forschung vielfach verneint.¹ Jedenfalls haben die russische Publizistik und Geistesgeschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen breiten Strom der Tradition hervorgebracht, in dem die russische Nationsschwäche, die mangelhafte Konsolidierung der Russen als Nation und das unterentwickelte Nationalbewußtsein konstatiert und häufig beklagt werden.² Die mangelnde soziale und kulturelle Kohärenz der Russen als Nation ist die Kehrseite und der Preis für die jahrhundertelange Reichsbildung, die spätestens seit dem 16. Jahrhundert über die ostslawischen Ethnien hinausgriff. Die Russen waren bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ein imperiales Volk, der Kern eines Vielvölkerstaates. Die Ausbildung einer modernen Nation stand dazu in einem unaufhebbaren Gegensatz, denn moderne Nationen haben überall Imperien gesprengt.

Theoretisch könnte die Nationsschwäche der Russen eine günstige Voraussetzung für die Ausbildung einer rußländischen Nation sein, die ja eine Staatsbürgernation der gesamten Bevölkerung Rußlands sein soll. Ob die Wirklichkeit diese Hypothese bestätigen wird oder ob im Gegenteil die russische Nationsschwäche zu Auflösungserscheinungen und zur Dekomposition der Rußländischen Föderation führen wird, ist völlig offen. Zu konstatieren ist jedenfalls, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine rußländische Nation nicht gibt. Auch die mittelfristigen Perspektiven für die Formierung einer rußländischen Nation müssen eher skeptisch eingeschätzt werden. Dieser Aufsatz wird diese Thesen belegen und begründen.

¹ Russian nationalism. Past and present. Hrsg. G. Hosking/R. Service, Houndmills 1998, S. 2-5; F. Golczewski/G. Pickhan, Russischer Nationalismus. Die russische Idee im 19. und 20. Jahrhundert. Darstellung und Texte, Göttingen 1998; Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. A. Kappeler, Köln 1990, S. 9-10.

² Jüngstes Beispiel ist A. Solženicyn, *Rossija v obvale*, Moskau 1998.

Gibt es einen rußländischen Nationalismus? Zweifellos sind die russische Regierung und ein Teil der sie tragenden politischen Elite an der Ausbildung einer rußländischen Nation interessiert und arbeiten dafür. Insofern ist der rußländische Nationalismus als politisches Programm und Zielprojektion eine Realität. Offen bleibt allerdings, ob und wie eine solche allgemeine Zielvorgabe die operative Politik z.B. gegenüber den nichtrussischen Nationen im Land prägt. Ebenso muß die Frage gestellt werden, ob der rußländische Nationalismus lediglich ein Programm, gewissermaßen ein Ukas von oben ist, oder ob er in der Gesellschaft, d.h. von unten Wiederhall und Aufnahme findet. Ist der rußländische Nationalismus eine Neuauflage des Sowjetpatriotismus im verkleinerten Rahmen, oder steckt in ihm das Potential, den neuen rußländischen Staat zu bewahren und zu festigen?

II. Die Rußländische Föderation – ein Staat, den niemand wollte

Die RF ist territorial identisch mit der RSFSR – der mit Abstand größten der 15 Unionsrepubliken der Sowjetunion. Mit dem staatsrechtlichen Ende der Sowjetunion am 25. Dezember 1991 betrat die RF als uneingeschränkt selbständiges Subjekt des Völkerrechts die internationale Bühne. Politisch, rechtlich und ihrem Selbstbewußtsein nach betrachtet sich die RF dagegen als Nachfolger der UdSSR und nicht der RSFSR. Diese Selbstwahrnehmung wurde vor allem in den ersten Jahren nach 1991 von der internationalen Staatengemeinschaft weitgehend akzeptiert und gestützt, obwohl die RF hinsichtlich der Bevölkerungszahl und des ökonomischen Potentials nur etwa die Hälfte der Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion umfaßt. Die RF ist also einerseits der Bewahrer und Fortsetzer einer über tausendjährigen Geschichte, andererseits bedeutet sie einen vollständigen Bruch mit dieser Geschichte, denn einen selbständigen Staat in den Grenzen der heutigen RF hat es vor 1991 niemals gegeben. Staatsterritorium und Staatsvolk sind vielmehr das Zufallsprodukt aus dem Zerfall der UdSSR, durch den innersowjetische Verwaltungsgrenzen zu Außengrenzen eines Staates wurden, die sich bis heute nirgendwo als korrigierbar erwiesen haben, obwohl allgemeine Übereinstimmung dahin herrscht, daß diese Grenzen in vielen Fällen weder historisch noch ethnisch, noch ökonomisch begründbar sind. Sie gründen sich allerdings auf Macht und Völkerrecht, zwei Faktoren, die auch sonst entscheidend für das Einschlagen von Grenzpfählen gewesen sind.

Die Kluft zwischen dem Anspruch auf das Alleinerbe an der russischen Geschichte und die am Ende der 1990er Jahre wachsende Einsicht in die Unmöglichkeit, dies Erbe anzutreten, erklären die tiefsitzende Krise der politischen Identität in Staat und Gesellschaft. Diese Krise betrifft die Russen als eine ehemals imperiale Nation mit einer jahrhundertealten Tradition und ebenso das ganz unerwartet auf die Bühne der Weltgeschichte getretene Staatsvolk der RF ohne jede Tradition, das zu 83%³ aus ethnischen Russen besteht. Die nichtrussischen Völker der RF sind demgegenüber in einer anderen Situation. Insbesondere für jene mit einer eigenen nationalen Republik brachte das Ende der Sowjetunion Chance und Perspektive einer nationalen Konsolidierung oder Wiedergeburt. Zwar erscheint in vielen Fällen das Ziel der

³ Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1997, S. 74.

nationalen Bewegung offen, bei anderen ist unklar, ob es gelingen wird, den Prozeß der Assimilation an das Russentum anzuhalten. Dennoch bedeutete das Ende der Nationalitätenpolitik der KPdSU für die nichtrussischen Völker mit eigenem Territorium in der RF Aufbruch und Neubeginn, für die Russen dagegen Verlust und Krise der Identität. Ob alle gemeinsam jenseits der jeweiligen ethnischen Loyalität eine Staatsbürgernation, die rußländische Nation, schaffen werden, kann erst die Zukunft erweisen.

Wenn die hier vorgetragene These von dem sozusagen künstlichen und unhistorischen Charakter der RF zutrifft, dann erhebt sich die Frage, wie diese Staatsbildung zustande gekommen ist und wessen Interessen sie diente. Es stellt sich nämlich heraus, daß die RF keineswegs lediglich das passive Restprodukt war, nachdem alle anderen Unionsrepubliken aus der UdSSR ausgetreten waren. Die wesentlichen politischen Gruppierungen innerhalb der RSFSR haben aktiv den Zerfall der UdSSR gefördert. Allerdings waren die Ziele der einzelnen Akteure unterschiedlich, und niemand hat den Zustand angestrebt und gewollt, der nach einem Jahrzehnt eingetreten ist: eine weitgehend isolierte RF, die nicht nur außerstande ist, den Raum der ehemaligen UdSSR zu integrieren, sondern die selbst vom Zerfall bedroht ist.

Die Sowjetunion ging unter, weil alle Akteure in den 1980er Jahren zu der Überzeugung gelangten, das bestehende Sowjetsystem habe keine Perspektive mehr. Die Erwartungen waren enttäuscht und die Versprechungen über Jahrzehnte nicht eingehalten worden. Überraschend ist, daß zu den Enttäuschten und Verbitterten nicht nur die Esten, Armenier und viele andere nichtrussische Völker sowie die Dissidenten gehörten, sondern auch die Russen und die Kommunisten. Glasnost eröffnete der Frustration ein nie zuvor in der geschlossenen Gesellschaft dagewesenes Ventil. Die Russen sahen sich jetzt als das Hauptopfer des Imperiums, ökonomisch ausgebeutet durch die sowjetische Peripherie, das äußere Imperium des Warschauer Paktes und durch die Dritte Welt. Beklagt wurde auch die politische und kulturelle Zurücksetzung der Russen und Rußlands innerhalb der UdSSR. Alle Unionsrepubliken hatten eigene Organisationen der KPdSU, eigene Akademien der Wissenschaften; nur die RSFSR und ihre Interessen waren – so lautete die Argumentation – dem Imperium zum Opfer gebracht worden. Im Sommer 1990 formierte sich in scharfem Protest gegen Gorbatschows Perestrojka und die Führung der UdSSR eine eigene KP-Organisation der RSFSR.

Am 12. Juni 1990 geschah das Unwahrscheinliche: Die reaktionären Kommunisten stimmten geschlossen der von den Demokraten unter Jelzin vorgelegten Souveränitätserklärung der RSFSR im Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR zu.⁴ Hier erklärte sich die RSFSR zum Besitzer des "nationalen Reichtums Rußlands", deklarierte den Vorrang der Gesetze der RSFSR gegenüber jenen der Union und behielt sich "das Recht des freien Austritts aus der UdSSR" vor. Damit wurde de facto die Existenz des Zentralstaates UdSSR für beendet

⁴ Der Text in deutscher Übersetzung in: Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart, S. 206-208. Die Souveränitätserklärung wurde mit 907 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

erklärt, noch bevor die meisten anderen Unionsrepubliken ihre Souveränität oder den beabsichtigten Austritt aus der UdSSR deklarierten.⁵

Dieser RSFSR-Nationalismus, der für kurze Zeit Kommunisten und Demokraten einete, konnte sich auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen. Umfragen im Mai 1990 erbrachten, daß 43% der Befragten für die politische und ökonomische Selbständigkeit der RSFSR bis hin zum Austritt aus der UdSSR waren. Bei einer anderen Umfrage im September 1990 sprachen sich 48% dafür aus, den Organen der RSFSR das Recht einzuräumen, Entscheidungen der Unionsorgane anzuhalten oder auszusetzen, 22% der Befragten waren dagegen.⁶ Dieser kurzzeitige RSFSR-Nationalismus lebte von Ressentiments gegen das despotische und ausbeuterische "Zentrum". Mit dem Zusammenbruch der UdSSR nach dem August 1991 verlor er Voraussetzung und Bezugspunkt.

Was sollte an die Stelle der UdSSR treten? Sowohl die Jelzin-Demokraten als auch die kommunistische Mehrheit gingen mit Selbstverständlichkeit davon aus, daß der in Jahrhunderten gewachsene historische Raum der UdSSR in irgendeiner Weise zusammenbleiben würde, auch wenn in Zukunft Rußland ein souveräner Staat sein würde. Für die Demokraten war die Souveränität der RSFSR ein wichtiger Hebel im Kampf gegen Gorbatschow und das Allunionszentrum zu einem Zeitpunkt, als die Initiativen für Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen auf die Unionsrepubliken übergegangen waren und Gorbatschow zum Bremser geworden war. Die UdSSR galt den Demokraten in Moskau als Verkörperung des Totalitarismus, der zerschlagen werden mußte. Dennoch waren sie davon überzeugt, daß es in nachsowjetischer Zeit zu einem neuen Bund der dann demokratischen Staaten auf dem Territorium der UdSSR kommen würde, in dem Rußland selbstverständlich aufgrund seiner Größe und seines Gewichts die Führungsrolle zufallen würde. Klare Vorstellungen über die staatsrechtliche Konstruktion bestanden 1990 bei den Demokraten nicht.

Im Gegensatz dazu wollten die russischen Kommunisten die UdSSR erhalten, ebenfalls ohne Gorbatschow, aber mit einer wesentlich stärkeren Rolle für Rußland innerhalb der Sowjetunion. Die imperiale Nation sollte in den Stand gesetzt werden, die Früchte des Imperiums zu ernten.

In der Wirklichkeit kam alles ganz anders. Weder konnte die UdSSR erhalten werden, was die Kommunisten anstrebten, noch ließ sie sich in einen neuen Bund unabhängiger Staaten umwandeln, wofür vage die Jelzin-Demokraten eintraten. Nach dem gescheiterten Putsch der kommunistischen Reaktionäre im August 1991 unterstellte sich die Jelzin-Führung die zentralen Machtapparate der UdSSR – das Militär, die Ministerien, das Bankwesen – und liquidierte damit auf administrativem Weg die UdSSR.

⁵ Zu den Einzelheiten: G. und N. Simon, *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993, S. 126ff.

⁶ J.B. Dunlop, *Russia: in search of an identity?*, in: *New states, new politics: building the post-Soviet nations*. Hrsg. I. Bremmer/R. Taras, Cambridge 1997, S. 42f.

Die Gründung der GUS, die zugleich mit der staatsrechtlichen Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 erfolgte, war aus der Sicht der Jelzin-Regierung ein Versuch zu retten, was an Gemeinsamkeit noch zu retten war. "Unter den gegenwärtigen Bedingungen war nur die GUS in der Lage, die Erhaltung des in Jahrhunderten gewachsenen, aber jetzt beinahe verlorenen politischen, rechtlichen und ökonomischen Raumes zu sichern", erklärte Jelzin in einer Rede vor dem Obersten Sowjet der RSFSR am 12. Dezember 1991.⁷

Obwohl alle politischen Kräfte aktiv an der Auflösung der UdSSR mitgewirkt hatten, wurden die neuen Verhältnisse in den ersten Jahren nach 1991 von niemandem akzeptiert, ja es bildete sich ein patriotischer Konsens heraus, der die Wiederherstellung der Großmacht forderte. Während die Kommunisten und Ultra-Patrioten laut die Wiedererrichtung eines Staates in den Grenzen der UdSSR ankündigten, formulierten die Jelzin-Regierung und die sie stützenden Kräfte die Doktrin vom "nahen Ausland" und der "vitalen Interessensphäre" Rußlands, die als weitgehend identisch mit dem Territorium der UdSSR beschrieben wurde. Die Vorstellung, daß Rußland über die Grenzen der RF hinausreicht und deshalb die heutigen Grenzen nicht als endgültig akzeptieren kann, fand weite Zustimmung in der Gesellschaft. Kommunisten und Demokraten unterschätzten gleichermaßen die Kraft des Nationalismus und Antikolonialismus. Es zeigte sich, daß außerhalb der RF weder die nichtrussischen Demokraten noch die nichtrussischen Kommunisten unter das Dach Moskaus, das sie als Joch wahrnahmen, zurückkehren wollten, nachdem die Sowjetunion zu bestehen aufgehört hatte. Ähnlich wie Lenin und die Bolschewiki davon ausgegangen waren, die nichtrussischen Völker würden sich nach einer sozialistischen Revolution freiwillig mit den Russen zusammenschließen, glaubten die Demokraten unter Jelzin, nach dem Sieg der Demokratie im Baltikum, in der Ukraine und im Kaukasus werde es zu einer neuen Integration um und mit einem demokratischen Rußland kommen. Der Unterschied zwischen damals und jetzt besteht darin, daß die Bolschewiki ihrer falschen Ideologie mit Waffengewalt zur Realität verhalfen, ein Weg, der heute das Ende der demokratischen Perspektive bedeuten würde.

Fast ein Jahrzehnt nach dem Ende der Sowjetunion haben sich zwei Entwicklungsperspektiven als unrealistisch erwiesen: die Wiederherstellung einer russischen Groß- und Weltmacht, die Parität mit den USA beanspruchen könnte, und die politische Integration der GUS unter russischer Führung. Beide Szenarien müssen heute und für die absehbare Zukunft als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt werden. Beide Positionen sind andererseits unter den Eliten und in der Bevölkerung der RF mehrheitsfähig. Es hat sich eine Schere zwischen Erwartungen, Wünschen und Ansprüchen auf der einen Seite und den wirklichen Möglichkeiten andererseits aufgetan. Die Realität verweist die politischen Eliten und die Bevölkerung auf die RF als den Rahmen, in dem die Zukunft gestaltet werden muß. Zu dem Staat, den niemand wollte, scheint sich keine Alternative zu eröffnen, es sei denn, die innere Auflösung und ein weiterer Zerfall auch dieses russischen Staates.

⁷ Sojuz možno bylo sochranit'. Belaja Kniga; Hrsg. Gorbačev-Fond, Moskau 1995, S. 316.

III. Die Konstruktion einer rußländischen Nation

1. *Das sprachliche Konstrukt*

Die Bezeichnung "rußländische Nation" signalisiert sowohl in der deutschen wie in der russischen Sprache (*rossijskaja nacija*) etwas Ungewohntes, ja Artifizielles. In andere westliche Sprachen ist das Adjektiv "rußländisch" kaum zu übersetzen.⁸ Das Adjektiv "rußländisch" und das entsprechende Substantiv "die Rußländer" (*rossijane*) waren vor 1991 aus der russischen Literatur- und Umgangssprache weitgehend verschwunden. Zwar ist in der Staatsbezeichnung der RSFSR das Adjektiv "rußländisch" beibehalten bzw. aus der Staatsbezeichnung Rußländisches Reich (*Rossijskaja Imperija*) vor 1917 übernommen worden. Im übrigen galt das Wort als veraltet und wurde nur in wenigen festen Wortverbindungen als Synonym für "Russisch" benutzt – wie eben in der Staatsbezeichnung.⁹ Eine eindeutige Abgrenzung der Bedeutungsfelder "russisch" und "rußländisch" bestand auch im 19. Jahrhundert nicht, obwohl "russisch" stärker auf das russische Ethnos und "rußländisch" eher auf das Land und den Staat bezogen wurden. In den meisten Kontexten wurden die beiden Wörter jedoch vor 1917 synonym benutzt.¹⁰

Seit 1992 haben die Wörter "rußländisch" und "die Rußländer" einen ungeahnten Aufschwung in der russischen politischen und Alltagssprache genommen. In der offiziellen Sprache der Regierung und der reformerischen Kräfte verbindet sich damit die Absicht, diesen Wörtern ein eindeutiges, von den Wörtern "russisch" und "Russen" unterschiedenes Bedeutungsfeld zuzuweisen. "Rußländisch" bezeichnet demnach das Territorium, den Vielvölkerstaat; "Rußländer" sind alle Bewohner, unabhängig von ihrer ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeit. "Russisch" und "Russen" sollen lediglich das russische Ethnos und die russische Sprache benennen. Die Konstruktion der Wörter "rußländisch" und "die Rußländer" enthält im Kern die Doktrin der rußländischen Nation, die über das russische Volk hinausgreift und alle Bewohner der RF einschließt.

Zwar haben die in sowjetischer Zeit fast verschwundenen Wörter in nur wenigen Jahren eine unglaublich weite Verbreitung gefunden, und insofern erfüllten sich die Erwartungen der Jelzin-Demokraten, die sie kreierte. Zu einer klaren Abgrenzung der Bedeutungsfelder gegenüber "russisch" und "Russen" ist es jedoch in der Sprache nicht gekommen. Im Gegenteil, die große Nähe beider Wörter, die aber nach der Absicht der Konstrukteure einer rußländischen Nation kaum noch etwas miteinander zu tun haben sollen, eröffnet sprachpolitischer Manipulation Tür und Tor. Die bekennenden Demokraten neigen dazu, die Wörter "russisch" und

⁸ V. Tiškov hat deshalb vorgeschlagen, im Englischen dafür das Adjektiv *Rossian* einzuführen. V. Tishkov, *What is Russia [sic]?*, in: *Security Dialogue* Bd. XXVI, 1/1995, S. 41-54.

⁹ *Slovar' sovremennogo Russkogo literaturnogo jazyka*, Bd. 12, Moskau-Leningrad 1961, S. 1472f.

¹⁰ Das maßgebliche Wörterbuch von V. Dal' enthält nicht einmal ein eigenes Stichwort *rossijskij*. Dal' äußert unter dem Stichwort *russkij* die Vermutung, die Wörter *rossijskij* und *rossijane* seien polnische Bildungen und aus Polen in die russische Sprache übernommen worden (*Tolkovyj slovar' živogo velikoruskogo jazyka*, St. Petersburg–Moskau 1907, S. 1745).

"Russen" gar nicht mehr zu benutzen und durch "rußländisch" und "Rußländer" zu ersetzen.¹¹ Die Ultra-Patrioten vereinnahmten im Gegenteil die Rußländer für die Russen.¹² In beiden Fällen ist die Konsequenz die gleiche, nämlich die Rückkehr bzw. Fortsetzung eines synonymen Sprachgebrauchs, allerdings mit einer jeweils entgegengesetzten Stoßrichtung. Der demokratische Sprachgebrauch signalisiert das Verschwinden der Russen im Meer der Rußländer; der patriotische Sprachgebrauch umgekehrt die Auflösung der Rußländer im Meer der Russen. Die Unsicherheit, Inkonsequenz und Verwirrung der Sprache spiegelt die unsichere, unfertige Realität.

2. Die demographische Basis und das Problem der Grenzen der rußländischen Nation

Auf welcher ethnographischen und demographischen Basis beruht der Versuch, eine rußländische Nation zu konstruieren? Die RF hatte 1997 147,5 Mio. Einwohner. Nach dem Mikrozensus von 1994 waren von den Einwohnern 82,95% ethnische Russen. Die größten nichtrussischen Bevölkerungsanteile stellten die Tataren mit 3,77%, die Ukrainer mit 2,34%, die Tschuwaschen mit 1,17%, die Baschkiren mit 0,94%, die Belarussen mit 0,66%, die Mordwinen mit 0,64%, die Deutschen mit 0,54%; alle anderen Völker machten jeweils weniger als 0,5% der Gesamtbevölkerung aus.¹³ Insgesamt läßt sich also von einer relativen ethnischen Homogenität und einem eindeutigen Übergewicht der Russen sprechen. Jedenfalls erscheinen unter diesem Gesichtspunkt die Voraussetzungen für Nationsbildung in der RF günstiger als etwa in der Ukraine (73% Ukrainer im Jahr 1989) oder in Kasachstan (38% Kasachen im Jahr 1989); in der UdSSR hatte der Anteil der Russen bei der letzten Volkszählung 1989 50,8% betragen. Die Nationsbildung in der RF wird auch dadurch erleichtert, daß einige der zahlenmäßig großen nationalen Minderheiten – wie die Ukrainer, Belarussen und Deutschen – in hohem Maß sprachlich und kulturell russifiziert sind und bislang kaum politisches Konfliktpotential geboten haben.

Ein gravierendes Problem für die Nationsbildung stellt demgegenüber die administrativ-territoriale Gliederung dar, die seit Sowjetzeiten weitgehend unverändert fortbesteht. Vor allem die nichtrussischen Subjekte der Föderation haben allerdings seither massiv ihren Status erhöht. Gegenwärtig besteht die RF aus 89 Subjekten, und zwar aus 21 nichtrussischen Republiken (einschließlich Tschetschenien/Itscherija), zehn nichtrussischen Autonomen Kreisen (okrug), einem nichtrussischen Autonomen Gebiet, sechs russischen Regionen (kraj), 49 russischen Gebieten sowie den Städten Moskau und St. Petersburg. Die staatsrechtlichen Bezeichnungen spiegeln nur bedingt die ethnischen Realitäten wider. Nur in sieben Republiken und zwei Autonomen Kreisen stellen die namengebenden Titelnationen mehr als 50% der Bevölkerung; in allen anderen nichtrussischen Gebietskörperschaften bilden die Russen die relative oder die absolute Bevölkerungsmehrheit. In allen nichtrussischen

¹¹ Z.B. V.V. Sogrin, Teoretičeskie podchody k rossijskoj istorii konca XX veka, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 4/1998, S. 124-134.

¹² Z.B. "Alle Völker, die Rußland bewohnen, bilden die rußländische (russische) Nation." (V.V. Aksjučič in: Étnografičeskoe obozrenie, 4/1996, S. 129).

¹³ Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1997, S. 66, 74. Die Tschetschenen stellten 1989 0,61% der Bevölkerung der RSFSR; sie wurden im Mikrozensus 1994 nicht erfaßt.

Gebietskörperschaften zusammen leben 25,8 Mio. Menschen oder 17,6% der Bevölkerung der RF; davon gehören 9,8 Mio. oder 38% den verschiedenen namengebenden Nationen an, 12,3 Mio. oder 47,7% sind Russen. Die ethnische Gemengelage ist noch komplizierter: Nur knapp die Hälfte (47,3%) der Angehörigen der Titularnationen leben in ihren jeweiligen Autonomen, 38,7% wohnen in russischen Gebietskörperschaften, 14% außerhalb der RF.¹⁴ Begünstigt oder erschwert die hochgradige Vermischung der Völker, die Multikulturalität der Regionen die Herausbildung einer rußländischen Nation?

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Wo sind die äußeren Grenzen der rußländischen Nation? Begreift man sie im strikten Sinn als Gemeinschaft aller Staatsbürger, so fällt die Antwort nicht schwer; die Grenzen der Nation werden dann durch die Staatsgrenzen bzw. die Staatsbürgerschaft bezeichnet. Diese selbstverständlich erscheinende Position wird in Rußland heute weithin nicht akzeptiert. Vielmehr wird die russische Nation als eine geteilte Nation wahrgenommen. Danach brachte der Zerfall der Sowjetunion nicht nur das Ende des Staates, sondern bedeutete auch die Teilung der Nation. Im politischen Diskurs wird häufig die Parallele zu Deutschland gezogen, um so der Forderung nach Wiedervereinigung aller Russen in einem Staat Nachdruck und Logik zu verleihen.

Das Ende der UdSSR machte 25,3 Mio. oder 17,4% aller ethnischen Russen der UdSSR zu Russen im "nahen Ausland", d.h. zu nationalen Minderheiten in den anderen Staaten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion. Die größten Gruppen befinden sich in der Ukraine (11,3 Mio.), in Kasachstan (6,2 Mio.), in Usbekistan (1,6 Mio.) und in Belarus (1,3 Mio.).¹⁵ Entgegen manchen Erwartungen in Moskau und manchen Befürchtungen in den anderen, neuen Hauptstädten haben sich die neuen russischen Minderheiten fast nirgends im Sinne einer Irredenta oder einer Bewegung für den Anschluß an Rußland mobilisieren lassen. Eine signifikante Ausnahme stellte die russische Bevölkerungsmehrheit auf der Krim in den Jahren 1992-1996 dar. Der Verlust der Einheit der Nation wurde vielfach in Rußland stärker wahrgenommen als von den Abgetrennten. Diese für das erste Jahrzehnt nach dem Ende der UdSSR geltende Einschätzung erlaubt allerdings keine eindeutige Prognose für die Zukunft. Die Kasachisierung des nördlichen Kasachstan oder die Ukrainisierung der östlichen Ukraine enthalten ein schwer kalkulierbares zukünftiges Konfliktpotential.

Außer den Russen lebten 1992 4,3 Mio. andere "ethnische Rußländer", d.h. Rußländer nicht-russischer Ethnizität, außerhalb der Grenzen der RF in den neuen Staaten; dazu gehörten 1,2 Mio. Deutsche, 1,1 Mio. Tataren und 840.000 Juden.¹⁶ Ernsthafte Probleme für den Gesamtstaat sind von diesen nichtrussischen Rußländern im "nahen Ausland" kaum zu erwarten. Viele von denen, die in der ethnischen Diaspora leben, dürften sich relativ leicht in den neuen Staaten integrieren oder wollen – wie die Deutschen und Juden – auswandern. In der russischen Politik und Publizistik wird zwar häufig die Sorge um die Rußländer im "nahen

¹⁴ Narody Rossii. Ėnciklopedija. Hrsg. V.A. Tiškov, Moskau 1994, S. 433ff. Alle Zahlen von 1989. Detaillierte Zahlen jüngerer Datums sind nicht erhältlich.

¹⁵ V. Tishkov, Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union. The mind aflame, London 1997, S. 117. Zahlen von 1989.

¹⁶ Narody Rossii, S. 447f.

Ausland" artikuliert, gemeint sind damit jedoch in aller Regel ausschließlich die ethnischen Russen. Der russische Staat wird aufgefordert und verspricht, für ihre politischen und kulturellen Belange einzutreten und ihre Diskriminierung nicht zuzulassen.

Die Frage nach den Grenzen der rußländischen Nation hat eine weitere Dimension. Vor 1917 galten die Ukrainer (Kleinrussen) und Belarussen im Rußländischen Reich als integrale Teile des russischen Volkes ebenso wie die Großrussen. Die Inanspruchnahme aller Ostslawen im Rußländischen Reich für das russische Volk war keineswegs nur die offizielle Position der Regierung, sie wurde von der entstehenden russisch-nationalen öffentlichen Meinung geteilt. Die Bolschewiki anerkannten im Gegensatz dazu die eigenständige nationale Identität von Ukrainern und Belarussen. Zugleich waren die ostslawischen "Brudervölker" seit den 1930er Jahren ähnlich wie vor 1917 einer massiven Russifizierungspolitik ausgesetzt.

Diese Ambivalenz dauert in nachkommunistischer Zeit fort. Während der Austritt der Balten und Kaukasier aus dem gemeinsamen Staatsverband mit relativer Gelassenheit aufgenommen worden ist, hat die Separation der Ukrainer das russische Selbstverständnis tief verunsichert und verletzt. Auch große Teile der demokratischen russischen Öffentlichkeit waren in den ersten Jahren nach 1991 der Meinung, die staatliche Selbständigkeit der Ukraine sei eine historische Verirrung und werde nicht Bestand haben. Die Ultra-Patrioten verweigern den Ukrainern und Belarussen bis heute eine eigenständige nationale Identität und betrachten sie wie vor 1917 als Teile einer russischen (ostslawischen) Nation. Die ethnische, politische und geographische Dimension der Grenze der rußländischen Nation ist nicht voneinander zu trennen. In keinem der Bereiche ist die Grenzfrage gelöst; die Nationsbildung vollzieht sich bei offenen Grenzen in allen Bereichen und macht den Prozeß quälend und konfliktgeladen.

Das Ende der UdSSR wird in erheblichen Teilen der Bevölkerung und der politischen Klasse bis heute nicht akzeptiert. Bei einer Umfrage in zwölf Regionen Rußlands im Sommer 1995 stuften 44% der Befragten den Zerfall der Sowjetunion als "Unglück" ein; nur 5% sahen darin "die Voraussetzungen für eine Wiedergeburt Rußlands und der Republiken der früheren UdSSR". Bei der Frage nach der Zukunft optierten 23% für die Wiederherstellung der UdSSR; ein Drittel für einen "einheitlichen [ost]slawischen Staat" und 23% für einen selbständigen russischen Staat.¹⁷ Zwar hat im Laufe der 1990er Jahre die Zahl der Menschen abgenommen, die sich als Bürger der UdSSR einstufen – insofern setzt sich die Kraft des Faktischen durch –, aber viele Menschen haben überhaupt aufgehört, "sich als Bürger irgendeines bestimmten Landes zu fühlen". Nur 20% der Bevölkerung sind zufrieden mit den heutigen Grenzen Rußlands.¹⁸

Dies erklärt die hohe Welle der patriotischen Zustimmung dafür, daß die Stadt Sewastopol auf der Krim russisch sei und unter die Souveränität der RF zurückkehren müsse. Beide Kammern des russischen Parlaments haben seit 1992 mehrfach und jeweils mit

¹⁷ A.G. Zdravomyslov, *Étnopolitičeskie konfliktky i dinamika nacional'nogo samosoznaniya rossijan*, in: *Kuda idet Rossija?... Social'naja transformacija postsovetskogo prostranstva*. Hrsg. T.I. Zaslavskaja, Bd. 3, Moskau 1996, S. 29f.

¹⁸ E.V. Svetlickaja, *Novaja rossijskaja identičnost'*, in: *Obščestvennye nauki i sovremennost'* 1/1997, S. 72.

überwältigender Mehrheit entsprechende Beschlüsse gefaßt. Bei einer gesamtrußländischen Umfrage im Dezember 1996 stimmten 76,5% der Befragten der Aussage zu, Sewastopol sei russisch.¹⁹ Eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts "Öffentliche Meinung" in Moskau stellte Anfang 1996 fest, daß ein Drittel der Bürger für den Anschluß von Gebieten mit überwiegend russischer Bevölkerung in den Nachbarländern an die RF eintritt. Allerdings bestätigte diese Untersuchung die Ergebnisse anderer Institute, daß nur vergleichsweise wenige Russen, nämlich etwa 10%, bereit sind, für diese Ziele auch Gewalt einzusetzen.²⁰ Ein erheblicher Teil der politischen Rhetorik und der Volksmeinung steht der Bildung einer rußländischen Nation skeptisch bis ablehnend gegenüber. Aber die Realität verweist das Land unerbittlich darauf, daß die jahrhundertealte Tradition der Expansion Rußlands wohl endgültig vorbei ist, daß Rußland nicht größer ist als die RF.

3. *Die "Konzeption" der rußländischen Nation und ihre Feinde*

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen innerhalb der Exekutive veröffentlichte Präsident Jelzin im Sommer 1996 die "Konzeption der staatlichen nationalen Politik der RF" als offiziellen Wegweiser zur Konsolidierung der rußländischen Nation.²¹ Aufgabe des Staates und seiner Organe ist danach "die Festigung der geistigen Einheit der Rußländer", "die Ausformung und Verbreitung der Ideen der geistigen Einheit, der Freundschaft der Völker ... die Kultivierung des Gefühls des rußländischen Patriotismus". In der "Konzeption" wird ebenso wie in der Verfassung vom Dezember 1993 der Terminus "Nation" nicht benutzt, auch nicht in der Verbindung "rußländische Nation"; statt dessen ist stets von Volk (narod) und Völkern die Rede; die Bewohner der RF heißen "das multinationale Volk der RF". Hinter diesem terminologischen Rigorismus steht die Absicht, sich vom neuzeitlichen Nationalismus, seinen Zerstörungen und Verhängnissen zu distanzieren. Es stellt sich allerdings die Frage, wieviel damit gewonnen ist, wenn man die "Nation" zur Tür herausjagt, um sie als "Volk" zum Fenster wieder hereinlassen zu müssen. Das russische Volk wird in der "Konzeption" als "Rückhalt der rußländischen Staatlichkeit" bezeichnet, ihm wird die "einigende Rolle" der Völker zugeschrieben. Die Russen sind im übrigen ebenso wie alle anderen Völker aufgerufen, an der "Konsolidierung der gesamtrußländischen zivilen und geistig-moralischen Gemeinschaft", d.h. an einem die Nationen übergreifenden Patriotismus, mitzuwirken.

Die Russen werden in der "Konzeption" und in zahlreichen anderen offiziellen Texten stets als gleich und gleichberechtigt mit den anderen Völkern (Nationen) der RF bezeichnet. Tatsächlich verbergen sich dahinter Unaufrichtigkeit und Vertuschen der Wirklichkeit. Denn es ist weder zumutbar noch angestrebt, daß die russische Sprache und Kultur eine lediglich gleiche Rolle spielen. Abgesehen von einigen Regionen des nördlichen Kaukasus beherrschen sie die öffentliche Kommunikation, das Schul- und Bildungswesen. Das Russische ist als überregionale Amtssprache ebenso unabdingbar wie die Bilingualität der Nichtrussen. Im

¹⁹ Argumenty i fakty, 4.1.1997, S. 16; G. Simon, Auf der Suche nach der "Idee für Rußland", in: Osteuropa, 47, 1997, S. 1183.

²⁰ I. Kljamkin/T. Kutkovec, Komu v Rossii nužna imperija?, in: Segodnja, 1.2.1996.

²¹ Rossijskaja gazeta, 10.7.1996.

Dienst der Konstruktion einer rußländischen Nation wird jedoch offiziell vermieden, diese Realitäten beim Namen zu nennen, ebenso wie die Notwendigkeit zum Schutz nationaler Minderheiten durch eine positive Diskriminierung.

Allerdings eröffnet die "Konzeption" – in Überwindung der sowjetischen Tradition – die Möglichkeit einer exterritorialen Kulturautonomie, d.h. Nichtrussen außerhalb ihrer Autonomien oder ohne administrativ-territorialen Status können Einrichtungen zur Pflege ihrer Sprache und Kultur bilden, die durch staatliche Organe unterstützt werden. Am 17. Juni 1996 trat das föderale Gesetz "Über die national-kulturelle Autonomie" in Kraft, das Aufgaben und Aufbau der Einrichtungen zur Pflege der muttersprachlichen Kulturen regelt.²² Bisher ist auf gesamtstaatlicher Ebene lediglich eine deutsche Kulturautonomie mit Sitz in Moskau eingerichtet worden. Dabei hat die finanzielle und organisatorische Unterstützung aus Deutschland eine erhebliche Rolle gespielt. Die in der "Konzeption" vorgesehene "Assemblee der Völker Rußlands" als zentrales Konsultativ- und Vermittlungsorgan zwischen der Staatsmacht und den nichtrussischen nationalen Gemeinschaften ist bislang nicht zustande gekommen.

Die Konstruktion einer rußländischen Nation als einer Staatsbürgergesellschaft, getragen von einem supranationalen Patriotismus, setzt dreierlei voraus: erstens die Überwindung des exklusiven Ethnonationalismus bei den Russen und den nichtrussischen Nationen, zweitens die Selbstbeschränkung der rußländischen Nation auf den geographischen Raum der RF und drittens eine Staatsmacht, die bereit und in der Lage ist, die Konzeption durchzusetzen. Für keine dieser Voraussetzungen erscheinen die Realisierungschancen heute sonderlich günstig.

Einer der geistigen Väter der rußländischen Nation und bis heute ihr führender Propagandist, Valerij Tischkow, Direktor des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften, geht davon aus, daß der Staat nicht nur Nationen, sondern sogar Ethnien aus dem "vorhandenen kulturellen und sozialen Material" macht.²³ Ein konstruktivistisches Wissenschaftstheorem verbindet sich mit einem russisch-sowjetischen Machbarkeitswahn zu der Überzeugung, daß der Staat sich willkürlich eine Nation entsprechend seinen Interessen schafft. Aber selbst für den Fall, daß diese Hypothese zutreffen sollte, ist festzustellen, daß die Staatsmacht in der heutigen RF viel zu schwach, uneins und zersplittert ist, als daß sie ein Werk vollbringen könnte, das der amerikanische oder französische Staat im 19. Jahrhundert geleistet hat.

Die offiziellen Texte wie die Verfassung vom Dezember 1993 oder die eben vorgestellte "Konzeption" lassen für die inhaltliche Ausgestaltung der Idee von der rußländischen Nation weiten Raum; das denkbare Spektrum reicht von einer liberal-demokratischen bis zu einer russozentrisch-chauvinistischen Politik. Tischkow und andere Reformer in der Exekutive ebenso wie Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit treten für eine multikulturelle Staatsbürgernation ein, gegründet auf einer doppelten, nämlich kulturell-ethnischen und staatlichen Loyalität. Die kollektiven – nicht nur die individuellen – Rechte der Minderheiten

²² Sobranie zakonodatel'stva RF, 25/17.6.1996, Nr. 2965.

²³ V.A. Tiškov, O fenomene étničnosti, in: Étnografičeskoe obozrenie, 3/1997, S. 3-20, das Zitat S. 17.

sollen gesichert werden. Um die Verklammerung der Ethnonationen innerhalb der einen Staatsnation zu sichern, fordert Tischkow den Ausbau der Repräsentation der Nichtrussen auf der Ebene des Gesamtstaates und der Russen in den nationalen Republiken. Dazu sollen auch Quoten-Regelungen und Instrumente der positiven Diskriminierung (affirmative action) eingesetzt werden.²⁴

Aber die Zahl der Skeptiker und Feinde der rußländischen Nation ist groß; seit Mitte der 1990er Jahre wächst der Widerstand gegen diese Doktrin. Er kommt sowohl von gemäßigt russisch-nationalen Kräften, die für eine Nationsbildung der Russen eintreten, wie auch von den Ultra-Patrioten, die ihre assimilatorischen Ziele hinter der Idee der rußländischen Nation zu verstecken suchen. Bei den nichtrussischen Titularnationen hat die rußländische Nation kaum Anhänger.

Für die gemäßigten russischen Nationalisten sind die Russen eine unvollendete Nation, weil die imperiale Überanstrengung die Nationsbildung behindert hat. Sie sehen nach dem Ende des Imperiums die Möglichkeit und Notwendigkeit, "die eigenen Ideen hervorzubringen, um etwas zu schaffen. Darunter auch eine Nation". Die Idee einer eigenständigen politischen Identität, unabhängig von einem Imperium, muß nach Autoren wie Kasjanowa und Solshenizyn anknüpfen an Aleksej Chomjakow und die liberale slawophile Tradition des 19. Jahrhunderts sowie den liberalen Nationalismus des Sammelbandes "Wechi" (Wegzeichen) von 1909 und an Peter Struve. Heute lautet die Aufgabe: "Schaffung einer eigenen Nation auf der Grundlage des eigenen Ethnos". "Wir [die Russen] sind ein großes Volk und ein klar ausgeprägtes Ethnos mit einer alten und originären Kultur, aber wir sind bisher keine Nation."²⁵

Die Nationsbildner haben also Vorbehalte gegen den rußländischen Nationalismus, weil sie der Konsolidierung eines russischen Ethnonationalismus Priorität einräumen. Sie müssen sich in ihrem Verhalten durch Propagandisten der rußländischen Nation wie Tischkow bestärkt fühlen, der erklärt: "Die russische Nation ist ein Mythos."²⁶

Auf der anderen Seite stehen die Ultra-Patrioten als Gegner einer rußländischen Staatsbürger-nation. Für sie sind die Russen ein "Superethnos" oder eine "Supernation", die sich nicht herablassen kann und darf auf die westeuropäische nationale Kleinstaaterei, wo jeweils eine Ethnonation den Kern und die Ratio eines Staates bildet. "Rußland als Staat der ethnischen Russen hat keine Perspektive", äußerte 1992 Aleksandr Ruzkoj, bis September 1993 Vizepräsident der RF und derzeit Gouverneur von Kursk.²⁷ Für das radikale patriotische Lager war das russische Volk nicht nur der Schöpfer einer eigenständigen Weltzivilisation in

²⁴ Tishkov, *Ethnicity*, S. 295f; 278ff.

²⁵ K. Kas'janova, *Predstavljaem li my, russkie, naciju?*, in: Inoe. Chrestomatija novogo rossijskogo samosoznani-ja. Hrsg. S.B. Černyšev, Bd. I, Moskau 1995, S. 131-164, die Zitate S. 142, 164. Vgl. K. Kas'janova, *O russkom nacional'nom charaktere*, Moskau 1994.

²⁶ V.A. Tiškov, *Nacija: teorija i političeskaja praktika*, in: *Vzaimodejstvie političeskich i nacional'no-etničeskich konfliktov*. Hrsg. RNIS i NP, Moskau 1994, S. 68.

²⁷ *Neizvestnyj Ruckoj. Političeskij portret*. Hrsg. Informacionno-izdatel'skoe agenstvo Obozrevatel', Moskau 1994, S. 287.

der Vergangenheit, sondern es hat eine "metanationale" Aufgabe in der Zukunft als "interzivilisatorischer Kommunikator".²⁸ Dem "Superethnos" wird die messianische Aufgabe zugeschrieben, das "postmaterielle", "postökonomische" Modell und einen "postökonomischen Menschen" zu entwickeln, die Vorbildfunktion für die ganze Welt haben werden.²⁹

Auch die kommunistisch-ultrapatriotische Mehrheit in der Duma gehört zu den Gegnern der von der Jelzin-Führung entworfenen Doktrin von der rußländischen Nation. Das Komitee für Geopolitik der Duma bezeichnete in seinen Empfehlungen im Oktober 1996 die Termini "Rußländer" und "rußländisches Volk" als "Neologismen", die durch die Ausdrücke "Russen" und "russisches Volk" ersetzt werden sollten.³⁰ In die gleiche Richtung wies die Anhörung der Duma "Über die Konzeption zur Erarbeitung eines staatlichen Programms der national-kulturellen Entwicklung des russischen Volkes" im November 1998. Angeprangert wurden die Diskriminierung bzw. Unterrepräsentation der Russen in den Machtstrukturen der nationalen Republiken. Das Ministerium für Nationalitätenpolitik erklärte bei dieser Gelegenheit, es werde in Zukunft den Problemen des russischen Volkes und der "russischen Frage" besondere Aufmerksamkeit widmen.³¹

Soziologische Umfragen zeigen, daß die Akzeptanz des Konstruktes rußländische Nation in der Bevölkerung rückläufig ist. Bezeichneten sich 1993 noch 41% der Befragten als "Rußländer", so waren es 1997 nur noch 24,4%. Die Mehrheit, nämlich 57%, wählten 1997 als Selbstbezeichnung "Russen", 12,9% "Sowjetbürger" und 1% "Europäer".³² Besonders gering ist die Verwurzelung einer rußländischen Identität bei den Nichtrussen in ihren eigenen Republiken. Für die überwiegende Mehrheit ist die eigene Republik die "Heimat", nicht die RF, dies erklärten bei einer repräsentativen Befragung 1993 90% der Tschetschenen, 87% der Jakuten, 75% der Baschkiren, 74% der Tataren und 67% der Burjaten.³³

IV. Rußländischer Nationalismus und rußländische Realitäten

Selbst die überzeugten Anhänger des rußländischen Nationalismus – d.h. ein Teil der Jelzin-Administration und der reformerisch orientierten Publizistik und Wissenschaft – gestehen ein, daß es "eine rußländische Nation als Staatsbürgergesellschaft bisher nicht gibt".³⁴ Um so größere Bedeutung kommt der Politik zu, will man diesem Ziel näherkommen. Die Analyse der konkreten Politik in den 90er Jahren sowohl auf zentraler wie auch auf regionaler Ebene bestärkt jedoch die Zweifel daran, daß die russische Politik ihre eigene Konzeption in die Wirklichkeit umzusetzen in der Lage ist. Der Krieg gegen die Tschetschenen von 1994-1996 bildet

²⁸ S. Kurginjan, *Russkij vopros i institut buduščego*, in: Inoe, Bd. II, Moskau 1995, S. 55-80, die Zitate S. 69.

²⁹ S. Kortunov, *Kakaja Rossija nužna miru*, in: *Pro et Contra*, 2. Jahrgang, 1/1997, S. 21-37, das Zitat S. 35.

³⁰ *Nacional'naja politika Rossii: istorija i sovremennost'*, Moskau 1997, S. 643.

³¹ S. Karelin, *Federativnoe ili unitarnoe?*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 18.11.1998.

³² E.M. Avramova, *Formirovanie novoj rossijskoj makroidentičnosti*, in: *Obščestvennye nauki i sovremennost'*, 4/1998, S. 23.

³³ Tishkov, *Ethnicity*, S. 266, 270 mit Zahlen für weitere nichtrussische Nationen.

³⁴ S.Ja. Matveeva, *Vozmožnost' nacii-gosudarstva v Rossii: popytka liberal'noj interpretacii*, in: *Polis*, 1/1996, S. 162.

die Spitze des Eisbergs. Er hat gezeigt, daß es der russischen Regierung weder mit friedlichen noch mit militärischen Mitteln gelungen ist, die Tschetschenen in die RF zu integrieren, geschweige denn zu einem Teil der rußländischen Nation zu machen. Dieser Krieg dürfte darüber hinaus den Beweis geliefert haben, daß kriegerische Mittel am Ende des 20. Jahrhunderts generell untauglich zur Nationsbildung sind.

Staatliche Organe verletzen auch in anderer Weise die von der Verfassung gebotene Gleichbehandlung der Angehörigen aller Völker der RF. Vielfach "betrachten sie die Bewohner Rußlands nicht als Bürger ..., sondern als Träger dieser oder jener ethnischen Eigenschaften".³⁵ In russischen Großstädten, vorab in Moskau, sind diskriminierende Maßnahmen gegen Angehörige der "kaukasischen Nationalität" ergriffen worden bis zur Ausweisung von Personen ohne Wohnberechtigung (propiska). Der Kampf der Moskauer Behörden gegen die beherrschende Stellung der Kaukasier auf den Märkten und im Straßenhandel hat allerdings bisher nicht zu ihrer Verdrängung, sondern zur Korruption der Ordnungsbehörden durch die nationale "Mafia" geführt. Ein anderes Beispiel für die offene Spaltung der Gesellschaft entlang nationaler Bruchstellen ist der Antisemitismus, der sich in den vergangenen Jahren immer weiter vom extremistischen Rand des politischen Spektrums ins Zentrum vorgearbeitet hat. Ende 1998 sind erstmals Duma-Abgeordnete der KPRF mit antisemitischen Parolen an die Öffentlichkeit getreten, ohne daß die Parteiführung sich eindeutig distanzierte. Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aktualisiert die Suche nach Sündenböcken; die Kaukasier und Juden sind im heutigen Rußland besonders gefährdet.

Die Konstruktion der rußländischen Nation hat zwei zentrale Aspekte: das Verhältnis der Nichtrussen und der Russen zueinander und zum anderen das Selbstverständnis und die Konsolidierung des russischen Ethnos. Beides wird mit Blick auf die politischen Realien im folgenden abgehandelt. Dabei kommt der Dezentralisierung und Föderalisierung im postkommunistischen Rußland besondere Bedeutung zu. Rußland war seit der Staatswerdung der Moskauer Rus im späten Mittelalter stets ein Zentralstaat – jedenfalls dem Anspruch und dem Selbstverständnis nach, mit nur rudimentären regionalen Strukturen und Traditionen. Die Entwicklung der 1990er Jahre ist deshalb ein Bruch mit alten historischen Paradigmen. Die Sowjetmacht hatte mit dem Sowjetföderalismus eine scheinföderale Ordnung geschaffen, der Schein aber hatte den Anspruch aufrechterhalten. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft wurde der Schein zur Realität, allerdings nicht im Sinne des Föderalismus, sondern des Separatismus.

1. Die nationalen Republiken

Als 1991 die Sowjetunion auseinanderbrach, befürchteten viele, in einer zweiten Runde des Separatismus werde die RF zerfallen, und zwar nicht nur entlang der ethnonationalen Grenzen wie die UdSSR, sondern auch russische Regionen, z.B. der Ferne Osten, Sibirien, der Ural oder gar St. Petersburg, könnten sich verselbständigen. Dahin ist es bislang nicht

³⁵ R. Ryvkina, *Mezdu etnokratiej i graždanskim obščestvom*, in: *Svobodnaja mysl'*, 4/1997, S. 81-95, das Zitat S. 91.

gekommen, weil die Russen trotz unvollendeter Nationsbildung über ethnonationale Zusammengehörigkeit und Solidarität verfügen. Diese Solidarität hat nach 1993 einen politischen Konsens hervorgebracht, der von den Jelzin-Demokraten bis zu den Kommunisten reichte und dessen Minimalziel darin bestand, einen Zerfall der RF nicht zuzulassen.³⁶

Seit 1990 hatte die "Parade der Souveränisierung" auf die Regionen der RSFSR übergegriffen. Bis 1992 erklärten alle 16 vormals autonomen Sowjetrepubliken und vier vormals autonome Gebiete auf dem Territorium der RSFSR ihre staatliche Souveränität. Im Sommer 1992 kam Inguschetien, das sich von Tschetschenien trennte, als 21. Republik hinzu. Moskau setzte dieser Souveränisierung zunächst nicht nur keinen Widerstand entgegen, sondern förderte diesen Prozeß, weil der Präsident und der Oberste Sowjet in einen erbitterten Kampf um die Vorherrschaft verwickelt waren und beide die Republiken und die anderen Föderationssubjekte durch Zugeständnisse auf die eigene Seite ziehen wollten. Während in Moskau der Kampf um die Spitze der Machtpyramide tobte, war das Land vom Zerfall bedroht. Mit den am 31. März 1992 unterzeichneten drei Föderationsverträgen zwischen der Zentralmacht einerseits und den obersten Staatsorganen der Republiken, russischen Regionen und Autonomien (Jüdisches Autonomes Gebiet und zehn Autonome Kreise) andererseits unternahm die Jelzin-Regierung einen ersten Versuch, die spontan und regellos verlaufende Föderalisierung staatsrechtlich zu fixieren und Kompetenzabgrenzungen festzulegen.³⁷ Bereits die Einteilung der Föderationssubjekte in drei Gruppen machte deutlich, daß Rußland unwiderruflich den Weg zu einer asymmetrischen föderalen Ordnung eingeschlagen hatte. Die Republiken erhielten einen deutlich stärkeren Rechtsstatus, und nur ihnen wurde "Souveränität" zuerkannt. Tschetschenien und Tatarstan unterzeichneten den Föderationsvertrag nicht, weil sie ihre Selbständigkeit dadurch eingeschränkt sahen. Aber auch die Oberhäupter der anderen Föderationssubjekte mußten nicht nur durch langwierige Argumente, sondern auch durch "eine bestimmte Anzahl geschenkter Autos, deren Zahl mit der Zahl der Unterschriften unter dem Text des jeweiligen Dokuments identisch war", überzeugt werden.³⁸

Zu einer rechtlich geordneten und von oben gelenkten Föderalisierung kam es auch danach nicht. Manche Republiken wie Tschetschenien, Tatarstan, Baschkortostan oder Jakutien/Sacha hörten auf, Steuern nach Moskau abzuführen; vielfach wurden auch keine Rekruten mehr gestellt.³⁹ Der Staatsstreich Jelzins im September/Oktober 1993 und die Beseitigung der "Doppelherrschaft" im Zentrum markierten das Ende der ersten Welle ausufernder Autonomisierung. Jelzin änderte radikal sein Verhalten gegenüber den regionalen Führern; mehrere Gouverneure, die sich zuvor auf die Seite des Obersten Sowjet der RF

³⁶ G. Simon, Auf der Suche nach der "Idee für Rußland", in: Osteuropa, 47/1997, S. 1171ff.

³⁷ O. Luchterhandt, Die Entstehung des "Föderationsvertrages" der Rußländischen Föderation, in: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht 1992, S. 155-166; Text der Verträge in deutscher Übersetzung in: D. Frenzke, Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993, Berlin 1995, S. 230ff.

³⁸ V. Tiškov, in: Nacional'naja politika Rossii, S. 634.

³⁹ Nacional'naja politika Rossii, S. 409.

gestellt hatten, wurden abgesetzt; die regionalen und lokalen Sowjets in den russischen und in vielen nichtrussischen Föderationssubjekten aufgelöst.⁴⁰

Die Verfassung vom Dezember 1993 qualifizierte die Republiken nicht mehr als "souverän", ohne jedoch die Kompetenzabgrenzung zwischen den zentralen und regionalen Machtorganen inhaltlich festzulegen. Dies geschah in bilateralen Verträgen zwischen der Zentralmacht und einzelnen Republiken, später auch mit einem Teil der russischen Subjekte. Der erste Kompetenzabgrenzungsvertrag wurde am 15. Februar 1994 zwischen der RF und Tatarstan unterzeichnet. Die Republik Tatarstan hatte die Parlamentswahlen im Dezember 1993 und das gleichzeitig stattfindende Verfassungsreferendum boykottiert. Mit dem Kompetenzabgrenzungsvertrag und ausführenden Regierungsabkommen sollte aus der Sicht Moskaus einem weiteren De-facto-Ausscheiden Tatarstans aus der RF Einhalt geboten werden. Dafür waren umfassende Konzessionen der Zentralmacht erforderlich. Der Vertrag anerkennt ausdrücklich die "Souveränität" und die Verfassung Tatarstans, die in wesentlichen Punkten der gesamttrübländischen Verfassung widerspricht. Tatarstan erhält das alleinige Nutzungsrecht am Grund und Boden und an den Naturressourcen der Republik sowie das Recht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Drittstaaten. Die Regelung der Wirtschafts- und Sozialordnung fällt weitgehend in die Kompetenz Tatarstans.⁴¹

Die Verfassung vom 6. November 1992 hatte Tatarstan als "souveränen Staat, Subjekt des Völkerrechts, assoziiert mit der RF ..." (Art. 61) bezeichnet. "Die Gesetze der Republik Tatarstan haben Vorrang auf ihrem gesamten Territorium ..." (Art. 59).⁴² Mit diesen verfassungsrechtlichen Regelungen steht Tatarstan nach seiner Selbsteinschätzung außerhalb des Bundesstaates.

Bis Mai 1996 hat die RF mit weiteren acht Republiken Verträge und Regierungsabkommen über die wechselseitige Abgrenzung von Zuständigkeiten geschlossen.⁴³ Dabei wurde nur Baschkortostan ebenso wie Tatarstan "Souveränität" zugestanden, den anderen Republiken lediglich "Staatlichkeit". Auch in den Bereichen Nutzung der eigenen Bodenschätze, Budget- und Steuerrecht, Einrichtung einer eigenen Nationalbank, selbständige Außenwirtschaftstätigkeit und eigenständige internationale Beziehungen wurden den Republiken Kompetenzen in abgestufter Form und abnehmendem Umfang übertragen. Keiner Republik wurden so viele Vollmachten zugestanden wie Tatarstan; am Schluß der Stufenleiter standen Burjatien und Udmurtien.⁴⁴ Damit spiegeln die Kompetenzabgrenzungsverträge die realen Machtverhältnisse wider. Das gilt auch für den Vertrag mit Tschetschenien/Itschkkerija "Über den Frieden und die Prinzipien der wechselseitigen Beziehungen" vom Mai 1997, in dem die "Normen des Völkerrechts" zur Basis der "gleichberechtigten Beziehungen" erklärt werden.

⁴⁰ V. Shlapentokh/R. Levita/M. Loiberg, From submission to rebellion. The provinces versus the center in Russia, Boulder, CO 1997, S. 116ff.

⁴¹ Text des Vertrages vom 15.2.1994 sowie von 12 Regierungsabkommen zwischen der RF und Tatarstan zwischen Januar 1992 und März 1994 in: Federalizm vlasti i vlast' federalizma. Hrsg. M.N. Guboglo, Moskau 1997, S. 247ff und S. 416ff.

⁴² Text der Verfassung Tatarstans vom 6.11.1992 in: Suverennyj Tatarstan, Moskau 1997, S. 201ff.

⁴³ Texte in: Federalizm vlasti i vlast' federalizma, S. 252ff und 442ff.

⁴⁴ E. Schneider, Die russischen Machtabgrenzungsverträge, in: Osteuropa, 47/1997, S. 569-579.

Es handelt sich also nicht um einen innerstaatlichen Vertrag über die Abgrenzung von Kompetenzen zwischen der Föderation und einem Subjekt der Föderation.⁴⁵

In ihren Verfassungen nehmen die Republiken in ähnlich abgestufter Form Autonomierechte, die manchmal bis an den Rand der De-facto-Selbständigkeit reichen, für sich in Anspruch. Sie gehen dabei teilweise erheblich über die bilateralen Kompetenzabgrenzungsverträge hinaus. Schließlich wurden die Verfassungen ohne die direkte Mitwirkung des Zentrums in Kraft gesetzt. Alle Verfassungen erklären den Boden und die Naturressourcen zum ausschließlichen Besitz der jeweiligen Republik. Manche Verfassungen nehmen implizit oder explizit ein Sezessionsrecht in Anspruch (Burjatien, Tywa), andere konstatieren die Suprematie der eigenen gegenüber der föderalen Gesetzgebung (Tatarstan, Kabardino-Balkarien) oder sehen das Recht vor, Gesetze der RF auszusetzen, wenn sie der jeweiligen Republikverfassung widersprechen (Jakutien/Sacha, Baschkortostan, Tywa, Komi). Einige Verfassungen gehen davon aus, daß die Föderation erst durch die Abtretung von Kompetenzen seitens der Republiken an das Zentrum zustande kommt, diese Vollmachten können auch wieder zurückgenommen werden (Tatarstan, Baschkortostan, Jakutien/Sacha, Tywa, Inguschetien). Die hier implizierte staatsrechtliche Konstruktion erinnert eher an einen Staatenbund als an einen Bundesstaat. Untersuchungen zeigen, daß 19 der 21 Republikverfassungen mehr oder weniger gravierende Widersprüche zur gesamtstaatlichen Verfassung aufweisen. Nimmt man die ausführende Gesetzgebung hinzu, so kommt das russische Justizministerium zu dem Ergebnis, daß die Zahl der verfassungswidrigen Gesetze nach Tausenden zählt; insoweit ist die RF kein einheitlicher Verfassungs- und Rechtsraum.⁴⁶

Innerhalb der Republiken findet zugleich eine Ethnisierung der politischen Eliten zugunsten der jeweiligen Titularnation statt, die ebenso der Konstruktion einer rußländischen Nation zuwiderläuft. Die Titularnationen übernehmen immer mehr Führungsstellungen. Dies wird durch die autoritären Strukturen in zahlreichen Republiken erleichtert. Der Präsident als Angehöriger der Titularnation umgibt sich mit der eigenen ethnonationalen Klientel. In Baschkortostan sind 58,5% der Verwaltungschefs in den Städten und Rayons Baschkiren, die lediglich 22% der Bevölkerung stellen. In den Republiken werden die Verwaltungschefs vom Präsidenten ernannt; in den russischen Regionen werden sie dagegen von der Bevölkerung gewählt. In Baschkortostan sind fast alle Verwaltungschefs zugleich Abgeordnete in der entscheidenden ersten Kammer (Kammer der Repräsentanten) des Parlaments; sie stellen dort die Hälfte der Abgeordneten. Weitere 27% der Abgeordneten der ersten Kammer sind Direktoren von Unternehmen und Banken, die ebenfalls – selbst wenn es sich um privatisierte Betriebe handelt – vom Präsidenten der Republik abhängig sind, denn in Baschkortostan sind alle großen Industriebetriebe verpflichtet, mit dem Staat Lieferverträge abzuschließen.

Deshalb kommt es ebenso wie in der Exekutive auch in den Organen der Legislative zur Ethnisierung der Schlüsselstellungen. In den beiden Parlamentskammern waren die Baschkiren 1995 mit 41% bzw. 56% vertreten. Eine ähnliche Ethnisierung der politischen Elite vollzieht

⁴⁵ Text in: *Federalizm vlasti i vlast' federalizma*, S. 292.

⁴⁶ I. Busygina, *Der asymmetrische Föderalismus*, in: *Osteuropa*, 48/1998, S. 239-252; A. Heinemann-Grüder, *Integration durch Asymmetrie?*, in: *ebd.*, S. 672-688.

sich in vielen Republiken, insbesondere auch in Tatarstan. Etwa 85% aller Ernennungen in politische Schlüsselstellungen auf lokaler und republikanischer Ebene sind in den 90er Jahren an ethnische Tataren gegangen, die nur die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. 1994 stellten die Tataren im Parlament in Kasan 73% der Abgeordneten. 78% der örtlichen politischen Leitungsposten waren in tatarischer Hand.⁴⁷

Zu Beginn der 90er Jahre schien ein ungezügelter ethnischer und regionaler Separatismus die Einheit Rußlands zu bedrohen. Er ist seit 1993/94 deutlich rückläufig. Charakteristisch für die zweite Hälfte der 90er Jahre ist dagegen die ethnische Konsolidierung in den Republiken. Die Führungen der Republiken enthalten sich jeder offenen separatistischen Rhetorik; das sichert ihnen das Wohlwollen Moskaus. So abgeschirmt sammeln die Titularnationen langfristig neue Kräfte, um ihre kulturell-nationalen, ökonomischen und politischen Interessen wahrzunehmen. Das Ziel des Autonomisierungsprozesses ist offen. Immerhin meinten bei einer Umfrage 1995 60% der politischen und 80% der künstlerischen tatarischen Intelligenz in Tatarstan, die Republik sollte das Recht auf Austritt aus der RF haben. In Sacha/Jakutien lagen die entsprechenden Zahlen bei etwa 40%. Diese soziologische Studie kommt zu dem Ergebnis, daß das Niveau der nationalen Konsolidierung bei den Tataren, Jakuten, Tywinern und Osseten in ihren Republiken eineinhalb bis zweimal höher liegt als bei den dort lebenden Russen. Dadurch ist die interethnische Distanz in den vergangenen zehn Jahren gewachsen.⁴⁸

Es zeigt sich also, daß in den Republiken der RF keine De-Etatisierung vor sich geht, was im Interesse der Formierung einer rußländischen Nation läge, sondern es sind im Gegenteil Tendenzen einer Staatswerdung der Titularnationen zu beobachten. Die Titularnationen nehmen mehr und mehr ihre Republiken in die eigenen Hände – ein Prozeß, der eine frappierende Ähnlichkeit mit der Entwicklung innerhalb der Unionsrepubliken der UdSSR seit den 1920er Jahren aufweist. Die Präntentionen der nationalen Eliten hatten damals und haben heute eine Massenbasis. Auch wenn diese Ansprüche gegenwärtig Separation ausschließen, so sprengen sie doch den staatsrechtlichen Rahmen einer Föderation. Chakimow, enger Berater und Vertrauter des tatarischen Präsidenten Schaimijew, steht auf dem Standpunkt, wenn die Verfassung Tatarstans und anderer Republiken im Widerspruch zur gesamtstaatlichen Verfassung steht, dann müsse eben die Verfassung der RF entsprechend geändert werden. Die Subjekte der Föderation hätten den föderalen Machtorganen bestimmte Vollmachten übertragen, die aber "jederzeit" wieder entzogen werden könnten.⁴⁹

Chakimow wie viele gemäßigte Nationalisten bei den Titularvölkern treten für einen republikanischen Regionalismus ein, d.h. der Ethnonationalismus der Titularnation soll gestärkt und komplementiert werden durch ein regionales Selbstbewußtsein aller Bewohner der Republik, vor allem unter Einschluß der Russen. Ein solcher inklusiver oder staatsbürgerlicher Nationa-

⁴⁷ R.R. Galljamov, *Političeskie èlity rossijskich respublik*, in: *Polis*, 2/1998, S. 108-115; Tishkov, *Ethnicity*, S. 257.

⁴⁸ L.M. Drobiževa/A.R. Aklaev/V.V. Koroteeva/G.V. Soldatova, *Demokratizacija i obrazy nacionalizma v RF 90-ch godov*, Moskau 1996, S. 368-374.

⁴⁹ R.S. Khakimov, *Prospects of federalism in Russia: A view from Tatarstan*, in: *Security Dialogue*, 27/1996, S. 69-80, das Zitat S. 71.

lismus innerhalb der Republiken profitiert von der relativen Nationsschwäche der Russen, aber er steht im Widerspruch zum Ziel einer gesamtußländischen Staatsbürgergesellschaft. Nach der bereits genannten soziologischen Untersuchung hat ein erheblicher Teil der Russen in den Republiken – in Sacha/Jakutien 70%, in Nord-Ossetien 80% – eine doppelte staatsbürgerliche Identität, d.h. sie fühlen sich in gleicher Weise als Bürger der jeweiligen Republik und der RF. Fast durchweg ist das Vertrauen der Russen zur Regierung der jeweiligen Republik größer als zur Führung in Moskau.⁵⁰ Der republikanische Regionalismus stützt sich nicht zuletzt auf gemeinsame ökonomische Interessen aller Bewohner und insbesondere ihrer Eliten. Ein Drittel der Russen befürwortet das in den Verfassungen der Republiken vorgesehene alleinige Verfügungsrecht der Republiken über den Boden und die Naturressourcen.

Fördert oder behindert die beschriebene Ethnisierung und Regionalisierung in den Republiken den demokratischen Prozeß? Die Urteile darüber gehen in der Forschung weit auseinander.⁵¹ In den meisten Republiken hat sich ein autoritäres bis diktatorisches (Kalmückien) Präsidialregime etabliert; der Ethnonationalismus gehört zu den wesentlichen Stützen dieser Regime. Demokratische Instrumente werden manipulativ eingesetzt. So wurde Schaimijew 1991 und 1996 ohne Gegenkandidaten zum Präsidenten Tatarstans gewählt, 1996 mit 97% der Stimmen. Bei der Wiederwahl von M. Rachimow zum Präsidenten von Baschkortostan im Sommer 1998 kam es zu massiven Wahlmanipulationen. Dennoch bestehen an der Basis der Nationalbewegungen auch liberale Ansätze und demokratische Überzeugungen. Es gibt demokratische nationale Institutionen im nichtstaatlichen Bereich. Allerdings ist es den Demokraten nirgendwo gelungen, sich über ethnische Grenzen hinweg zusammenzuschließen. Die russischen Demokraten im Zentrum und die nichtrussischen Demokraten in den Republiken haben bislang ideologisch und organisatorisch nicht zueinander gefunden.

2. Die russischen Regionen

Die nationalen Republiken sind eine Belastung für die Ausbildung einer Staatsbürgernation, die Entscheidung über die Zukunft Rußlands fällt aber nicht dort, sondern in den russischen Regionen, wo mehr als 80% der Bevölkerung leben. Entwickelt sich der russische Ethnonationalismus in Richtung auf eine Staatsbürgergesellschaft, oder wird er aufgerieben zwischen imperialer Nostalgie und realem Partikularismus? Die oben behandelten Souveränisierungsbestrebungen der Republiken seit dem Zusammenbruch der UdSSR haben auch – obwohl in abgeschwächter Form – auf die russischen Regionen übergegriffen. Sie haben geltend gemacht, daß sie ihren Wunsch nach mehr Eigenständigkeit mit besseren ökonomischen, bevölkerungsmäßigen und naturräumlichen Gründen untermauern können als manche Republiken. Immer wieder ist Anfang der 90er Jahre sowohl im Zentrum wie auch in den russischen Regionen damit die Forderung nach Gleichstellung aller Subjekte der Föderation verbunden worden, d.h. nach einer symmetrischen Föderation. Zahlreiche

⁵⁰ Drobiževa, ebd., S. 379.

⁵¹ Die russische Forschung vertritt überwiegend den Standpunkt, es bilde sich eine antidemokratische Ethnokratie aus; dagegen Drobiževa, ebd., S. 373, 376f.

Politiker – auch des demokratischen Lagers – traten Anfang der 90er Jahre für die Auflösung der Republiken und eine durchgehende Gouvernementseinteilung oder die Einrichtung von Ländern nach deutschem Vorbild ein. Tatsächlich blieben die russischen Regionen bei der Föderalisierung Anfang der 90er Jahre in deutlich höherem Maß an das Zentrum gebunden.

Zahlreiche russische Regionen spielten 1993 – auf dem Höhepunkt des Machtkampfes zwischen Präsident und Oberstem Sowjet in Moskau – mit dem Gedanken, sich zu einer souveränen Republik zu erklären; das Gebiet Wologda deklarierte seine Absicht im Mai 1993 sogar in einem förmlichen Beschluß. Nur das Gebiet Swerdlowsk realisierte schließlich die Souveränisierung und erklärte sich am 1. Juli 1993 feierlich zur Ural-Republik. Präsident Jelzin anerkannte die Ausrufung der Ural-Republik nicht und erhielt in diesem Fall Unterstützung von seinen ärgsten Feinden im Obersten Sowjet. 1993 wuchs in allen politischen Lagern in Moskau die Angst vor einem Ende des russischen Staates. Gouverneur Eduard Rossel, die treibende Kraft bei der Schaffung der Ural-Republik, wurde im November 1993 von Jelzin abgesetzt, die Ural-Republik und ihre Verfassung wurden aufgehoben. Dennoch blieb der Wunsch nach Eigenständigkeit und mehr Kompetenzen für das Gebiet in Jekaterinburg lebendig und populär. Rossel wurde 1995 zum Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk gewählt und spielt seither als Vertreter von Regionalinteressen auch in Moskau eine wichtige Rolle. Als Sprecher der Interregionalen Wirtschaftsassoziaton "Ural-Assoziaton" (dazu gehören acht Gebietskörperschaften im östlichen Teil des europäischen Rußland) hat er ebenso wie die Sprecher der anderen sieben Interregionalen Wirtschaftsassoziatonen in der Regierung Primakow seit September 1998 quasi Kabinettsrang.⁵²

Die Zentralmacht hat seit Januar 1996 analog zu den Republiken mit 20 russischen Gebietskörperschaften (Stand: Juli 1997) bilaterale Verträge und Regierungsabkommen über die Kompetenzabgrenzung der beiderseitigen Machtorgane abgeschlossen.⁵³ Charakteristischerweise stand am Anfang der Vertrag mit dem Gebiet Swerdlowsk. Der Umfang der Kompetenzen, die den russischen Föderationssubjekten zugestanden werden, ist deutlich geringer als im Fall der Republiken. Keinem Gebiet (oblast') oder keiner Region (kraj) wird Souveränität zuerkannt oder das Recht auf Selbstbestimmung bei der Nutzung der eigenen Bodenschätze gewährt. Zugestanden werden in der Regel eigenes Budget- und Steuererhebungsrecht, direkte außenwirtschaftliche und internationale Beziehungen.

Die Möglichkeit zu unmittelbaren Auslandskontakten steht in scharfem Kontrast zur sowjetischen Tradition, als das Zentrum gerade diesen Bereich als seine Prerogative betrachtete. Manche Regionen insbesondere an der Peripherie der RF machen inzwischen intensiven Gebrauch von den neuen Möglichkeiten; diese Randregionen stellen damit zugleich ein besonderes Risiko für den Zusammenhalt des Staates dar. Die Außenorientierung der fernöstlichen Regionen nach Japan, China und in den pazifischen Raum sowie der Republiken

⁵² Zur Ural-Republik: I. Busygina-Thränert, "Ural-Republik", Aktuelle Analysen des BIOst, 47/1994, 17.8.1994; Shlapentokh et alii, S. 108-112; G. Luchterhandt, Parteien in der russischen Provinz, Bremen 1998, S. 100-110.

⁵³ Texte in: Federalizm vlasti i vlast' federalizma, S. 293ff, 592ff.

im Nordkaukasus zu Staaten der islamischen Welt könnte so stark werden, daß der föderale Zusammenhalt mit Moskau in Frage gestellt wird. Die nachsowjetische Entwicklung zeigt, daß die riesigen Distanzen, über die das russische Volk auf dem eurasischen Kontinent verteilt ist, ein erhebliches Problem für den Zusammenhalt darstellen. Die nationale, geographische und politische Peripherie bilden innerhalb der RF eine Zone der Labilität und der potentiellen Ablösung von der Föderation. Am deutlichsten sichtbar ist dies derzeit in der Primorskij-Region mit der Hauptstadt Wladiwostok und in den nationalen Republiken im östlichen Teil des Nordkaukasus (Tschetschenien/Itscherija, Inguschetien, Dagestan).⁵⁴

Von entscheidender Bedeutung für die innere Verfaßtheit der RF und ihrer russischen Gebietskörperschaften war die Einführung der Wählbarkeit der Gouverneure nach einer entsprechenden Reform für die Republiken. Die Macht der Gouverneure ist durch die demokratische Legitimierung erheblich gewachsen; der Präsident kann sie nicht mehr absetzen. Die – mit einigen Ausnahmen – bis Ende 1996 bestehende "exekutive Vertikale" mit dem Präsidenten an der Spitze gibt es nicht mehr.

Die meisten Gouverneure wurden zwischen Herbst 1996 und Frühjahr 1997 gewählt; Ende 1997 waren in allen russischen Territorien gewählte Verwaltungschefs im Amt. Die Gouverneure wurden zum Mittelpunkt eines provinziellen Klientelsystems. Zur informellen oligarchischen Allianz gehörten die Spitzen der staatlichen Organe von Exekutive und Legislative, die Vertreter der Banken und Industriebetriebe, der politischen Vereinigungen und Parteien sowie der Massenmedien. "Beziehungen der Patronage, politischen Freundschaft und gegenseitigen finanziellen Abhängigkeit verbinden die Führer diese Strukturen miteinander ..."⁵⁵ Mit dem Gouverneur im Mittelpunkt wiederholte sich hier das Moskauer präsidiale System auf regionaler Ebene. Die Etablierung einer "korporativen Union" machte die regionale Elite relativ unabhängig vom Moskauer Zentrum, das auf die personelle Zusammensetzung dieser "Korporation" kaum Einfluß hat. Im Gegensatz dazu hatte das sowjetische Nomenklatura-System seinen Zusammenhalt dadurch gesichert, daß das ZK der KPdSU Führungskader ständig zwischen der Provinz und der Zentrale hin- und herschob.

Ob die Volkswahl der Gouverneure und die Präsidialregime auf regionaler Ebene die Demokratisierung fördern oder im Gegenteil autoritäre bzw. diktatorische Strukturen sichern, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Für beide Fälle lassen sich Beispiele anführen; jedenfalls sind Wahlen allein noch keine ausreichende Garantie für demokratische Entwicklung. Im übrigen hat sich in den vergangenen zehn Jahren ein relativ stabiles Wählerverhalten in den Regionen herausgebildet. Man spricht vom "roten Gürtel" der Gebiete südlich von Moskau; die Großstädte Moskau, St. Petersburg oder Jekaterinburg wählen dagegen eher

⁵⁴ Zum Primorskij kraj ausführlich: P. Kirkow, *Russia's provinces*, Houndmills 1998, S. 113ff. Zur wachsenden Eigenständigkeit der Regionen auf der internationalen Bühne E. Schneider, *Außenpolitische Aktivitäten russischer Regionen*, Aktuelle Analysen des BIOst, 38/1998, 21.9.1998; G. Wacker, *Grenzen und Grenzfragen zwischen China und der ehemaligen Sowjetunion*, Aktuelle Analysen des BIOst, 24/1996, 10.5.1996.

⁵⁵ M.N. Afanas'ev, *Regional'noe izmerenie rossijskoj politiki*, in: *Polis*, 2/1998, S. 88-93, das Zitat S. 92. Vgl. V.Ja. Gel'man, *Regional'naja vlast' v sovremennoj Rossii: instituty, režimy i praktika*, in: *Polis*, 1/1998, S. 87-105; A.N. Žuravlev, *Regional'nye vybory 96: osnovnye rezul'taty i territorial'naja specifika*, in: *Politika*, 1 (3)/1997, S. 65-71.

demokratisch-reformerische Kandidaten und Parteien. Die Eliten in etwa der Hälfte der Subjekte der Föderation gelten als kommunistisch dominiert.

Neben die wachsende Selbständigkeit der Regionen gegenüber dem Zentrum tritt die zunehmende Differenzierung der Regionen untereinander. Beide Prozesse sind nicht unvereinbar mit der Ausbildung einer rußländischen Nation, aber sie stellen doch unter den russischen Bedingungen eine schwer zu kalkulierende Belastung dar. Der sozialökonomische Abstand zwischen den Regionen nimmt gegenwärtig in vielen Fällen zu. Vergleicht man das reiche Moskau mit dem armen Süden Rußlands, ergeben sich scharfe Kontraste. Das durchschnittliche nominale Geldeinkommen der Moskauer war 1996 dreimal höher als der russische Durchschnitt. Ein Drittel der Bevölkerung in Moskau hatte ein monatliches Geldeinkommen von mehr als 100 US- $\text{\$}$; das war mehr als doppelt so viel wie der russische Durchschnitt. Der Abstand hinsichtlich des Lebensstandards zwischen dem wohlhabenden Moskau und den armen Regionen jenseits des Bajkalsees beträgt 1:6. Dabei ist der Reichtum innerhalb Moskaus sehr unterschiedlich verteilt, auch diese Schere hat sich in den 90er Jahren immer weiter geöffnet. Zu der sozialökonomischen Differenzierung treten Unterschiede in den Einstellungen und im Verhalten hinzu. Nach einer soziologischen Untersuchung hat die Moskauer Bevölkerung liberale Werte akzeptiert, sie vertraut auf die eigenen Kräfte und schätzt eine individualisierte Lebensweise. Sie ist generell der neuen Zeit und ihren Anforderungen gegenüber aufgeschlossen. Dagegen wird die neue Zeit im Süden Rußlands weitgehend abgelehnt. Es herrscht eine depressive Stimmung. Die Menschen haben wenig Selbstvertrauen und hohe Erwartungen, daß der Staat ihnen hilft. Das Ideal lautet: "so leben wie alle".⁵⁶

3. Die Wirtschaftskrise im Sommer 1998

Die im August 1998 offen ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise hat einen neuen, unregelmäßigen Regionalisierungsschub ausgelöst. Angesichts des Zusammenbruchs des Zahlungskreislaufs und des erneuten Schwächeanfalls der Zentralregierung agierten die Chefs der Regionen und Republiken nach dem Motto "Rette sich, wer kann". Die regionale Obrigkeit ergriff Maßnahmen zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der eigenen Region ohne Rücksicht auf die Nachbarn, den Gesamtstaat oder Recht und Verfassung. Praktisch in allen Regionen wurden Preisregulierungen eingeführt. Zahlreiche Regionen untersagten oder schränkten die "Ausfuhr" wichtiger Verbrauchsgüter und Lebensmittel in Nachbarregionen ein, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Von einem einheitlichen Wirtschaftsraum konnte nicht mehr die Rede sein.

A. Lebed, der Gouverneur von Krasnojarsk und mögliche Kandidat für die Nachfolge Jelzins, rief ohne Zustimmung der Zentralregierung den wirtschaftlichen Ausnahmezustand aus und verletzte damit föderales Recht. Viele Regionen stellten zeitweise die Zahlung von Steuern an die Zentralregierung ein. In manchen Provinzhauptstädten wurden Pläne zur Einführung einer eigenen Währung oder eines Ersatzgeldes vorgelegt. Zwar unterstehen offiziell alle Streitkräf-

⁵⁶ N.M. Davydova, Regional'naja specifika soznanija rossijan, in: *Obščestvennye nauki i sovremennost'*, 4/1997, S. 12-24.

te, darunter auch die des Innenministeriums, den Moskauer "Machtministerien". Tatsächlich aber wächst die Abhängigkeit der Truppen von den Behörden des Standortes, denn nur sie können Verpflegung und Energieversorgung sicherstellen oder auch nicht. In einigen Regionen haben die Gouverneure den Kommandeuren vor Ort angeboten, ausstehenden Sold zu zahlen gegen eine De-facto-Unterstellung unter den Gouverneur. Das Zentrum ist gegenüber diesen faktischen Auflösungserscheinungen weitgehend hilflos. Ökonomische Hebel sind kaum noch vorhanden, weil das Zentrum seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Provinzen ohnehin nicht nachkommt. So blieb die beschwörende Warnung von Ministerpräsident Primakow vor der Gefahr eines Auseinanderbrechens der RF.⁵⁷

Bei der Abschottung der eigenen Gebiete und Preiskontrollen für alltägliche Bedarfsgüter können die regionalen Behörden auf die volle Zustimmung der Bevölkerung rechnen. "Ein toller Bursche ist der General, der schafft Ordnung" – hieß es in Krasnojarsk.⁵⁸ Resultate von Umfragen im Sommer 1998 – noch vor der Rubelkrise im August – zeigten eine wesentlich größere Loyalität der Menschen gegenüber ihrer Region als gegenüber dem Gesamtstaat. Nur 29% hielten sich zuerst für Bürger der RF; 35% dagegen zuerst für Bürger ihrer Region. Das Vertrauen der Menschen zu ihrem Gouverneur oder Präsidenten der Republik war zwei- bis dreimal größer als zu irgendeiner gesamtstaatlichen Führungsfigur (49% gegenüber 10-12%). 65% der Respondenten (gegen 19%) traten dafür ein, dem Chef der Regionaladministration das Recht einzuräumen, Entscheidungen des Zentrums anzuhalten, wenn sie den regionalen Interessen zuwiderlaufen. Allerdings erklärten nur 15% der Befragten, sie würden bei einem Referendum für den Austritt ihrer Region aus der RF votieren; 76% würden dagegen stimmen.⁵⁹ Offener Separatismus ist also eher die Ausnahme, die Regel sind wachsende Loyalität gegenüber der eigenen Region und Mißtrauen gegenüber der Zentralregierung. Eine analoge Meinungskonstellation hatte es wenige Jahre vor dem Ende der UdSSR gegeben.

Stellt man die Konzeption einer rußländischen Nation den rußländischen Realitäten gegenüber, so zeigt sich, daß vorerst von der Konsolidierung einer rußländischen Nation keine Rede sein kann. Ein Jahrzehnt nach dem Ende der Sowjetunion kämpft Moskau vielmehr gegen Auflösungstendenzen innerhalb der RF. Auf der anderen Seite bestehen die Vorbehalte der imperialen Nostalgiker gegen die rußländische Nation fort. Ihnen erscheinen die heutigen Grenzen der RF als zu eng und historisch ungerecht. Sie möchten das Imperium in der einen oder anderen Form wiederherstellen – sei es auch nur als eine lose Konföderation der früheren Sowjetrepubliken mit Rußland im Zentrum oder in einer Minimalversion als Bund der drei ostslawischen Staaten. Andere nach rückwärts orientierte Politiker fordern die Wiedervereinigung aller Russen in einem Staat. Ein Blick auf die Sachzwänge sowohl der innerrussischen wie auch der internationalen Politik lehrt hingegen, daß die Ausbildung einer auf die RF beschränkten Staatsbürgergesellschaft, die sowohl die Belange des staatsbildenden russischen Ethnonationalismus wie die der anderen Ethnonationalismen angemessen

⁵⁷ Nastuplenie provincii na Kreml', in: Moskovskie novosti, 13.-20.9.1998, S. 5; Ch. Hoffmann, Die Gouverneure nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände, in: FAZ, 29. 9.1998.

⁵⁸ V. Emel'janenko, Sto dnei general-gubernatora, in: Moskovskie novosti, 13.-20.9.1998, S. 5.

⁵⁹ V. Pantin/V. Lapkin, Navstreču Oktjabrju, in: Moskovskie novosti, 27.9.-4.10.1998, S. 3.

berücksichtigt, der einzige Weg zur Konsolidierung des Landes ist. Ob Rußland allerdings diesen Weg einschlägt, ist völlig offen, derzeit wird das, was realistisch erscheint, nicht realisiert.

Gerhard Simon

The Political Nation of Russia – A Fiction or Russia's Salvation?

Bericht des BIOst Nr. 11/1999

Summary

Introductory Remarks

Ethno-nationalism was one of the gravediggers of the old communist order. Can it now contribute to the building of a new democratic order? Will the Russians and non-Russian peoples in the Russian Federation (RF) succeed in creating a civic society that takes sufficient account of both the interests of the Russian people and those of other peoples? Or is the political nation of Russia really a fiction, like that of the Soviet people? There is a danger that attempts to build a political nation of Russia will be crushed between imperialist nostalgia and the realities of particularism and separatism.

The present report is based on Russian scholarly and journalistic sources; it draws on both Russian sociological studies and newspaper reports. It also takes into account current German- and English-language research in this field.

Findings

1. The Russian Federation in its present form is a state that no-one wanted and hardly anyone anticipated. In geographical terms, it is identical with the RSFSR, the largest Union Republic of the USSR. The RF, however, regards itself as the sole successor-state to the USSR, even though its population and economic potential are only half that of the USSR. In one sense, the RF represents the continuation of more than a thousand years of Russian history; it may also be regarded, however, as a left-over product of the disintegrating Soviet empire. A state with these borders and a people with this ethnic composition has never existed before.

When Russian democratic and reformist forces began to rebel against the totalitarian Soviet empire at the end of the 1980s, they assumed that a democratic Russia would become the centre of a new process of integration in the Eurasian area. The Russian Communists, of course, favoured the preservation of the USSR and advocated a greater role for the RSFSR within the Union. Nobody, however, was prepared for what actually happened – namely, the political, economic and cultural collapse of a huge territory that had been brought together by Tsars and CPSU general secretaries over centuries. The Russians were suddenly no longer an imperial people, and they had no national state of their own. All over the RF the non-Russian peoples launched campaigns for national renewal or re-birth.

2. 83 percent of the current population of 147 million people in the RF are ethnic Russians. The largest national minority are the Tatars, who make up 3.8 percent of the population. The population is therefore ethnically relatively homogeneous, a fact that speaks in favour of the formation of a political nation of Russia comprising all citizens irrespective of ethnic division. There are, nonetheless, quite a number of obstacles to be overcome. One of these is the administrative-territorial division inherited from the Soviet era. In addition to the Russian subjects of the Federation there are another 21 national republics in which 25.8 million people live, though in only seven of these does the titular nation constitute more than half of the population; in all the others, the Russians are in the majority.
Another point of major controversy are the boundaries of a political nation of Russia. Should it also include the 25 million Russians who now live in other states on the territory of the ex-Soviet Union? Is the Russian nation therefore divided and does it therefore, like the German nation, have a claim to reunification? Many Russian nationalists in any case regard the Belorussians and Ukrainians as they did before 1917 as an inseparable part of the Russian or eastern Slavic nation.
3. In 1996 the Russian government published its concept for a national policy appealing to both the state and society to support pan-Russian patriotism and to promote the spiritual unity and the friendship of the peoples of the RF. Alongside territorial national autonomy a personal cultural autonomy was advocated that would guarantee all members of the national minorities the opportunity for cultural development. One of the weaknesses of this concept is that it neither mentions the special rights of the Russians and Russian ethno-nationalism in the RF nor does it contain any concrete provisions for the protection of national minorities. The formula of equality of all peoples in the RF ignores reality and thus provokes mistrust.
4. The idea of political nationalism of Russia has many opponents and sceptics. The moderate Russian nationalists would like the Russian national identity to be defined and consolidated. They see this as the only way of overcoming the imperial legacy and of bringing to a conclusion the Russian nation-building, which in the past was always subordinated to the primary concern of building the empire. On the other hand, there are the restorationist radical patriots who regard the Russians as a "super-ethnos" that cannot be confined to a national state of European dimensions. In the course of its history the Russian "super-ethnos" absorbed numerous peoples. Its future task is to create the spiritual and emotional foundations for overcoming the global crisis of the late twentieth century. The RF is too small for the Russian "super-ethnos". Among the population, the second half of the 1990s has seen a decline in identification with the political nation of Russia. Both the Russians and the non-Russians increasingly see themselves primarily as members of their own nation.
5. The political and economic realities of the post-communist decade have strengthened the periphery and weakened the centre. The wave of sovereinisations since 1990 encompassed first the national republics of the RF and then the Russian territories. In 1993 the turbulent and unruly process of federalisation looked as if it would lead to the break-up of the state. Initially in the Federation Treaty of 1992, and later in the bilateral treaties con-

cluded after 1994, attempts were made to regulate the process of federalisation and to channel it into a legal framework. These attempts were only partially successful. Putting relations between the centre and the periphery on a bilateral footing helped to make the asymmetries of federalism more far-ranging. Tatarstan and Bashkortostan have become more or less autonomous republics; their leaderships avoid engaging in separatist rhetoric. In Chechnya Moscow no longer exercises any executive power.

In the republics ethnic rights are being asserted and state structures formed in favour of the titular nation, a process that is reminiscent of the decolonialisation of the former Union republics of the USSR.

6. With regard to the allocation of power the bilateral treaties granted the Russian territories far fewer rights than the republics. Nevertheless, in many cases here too a process of separation from the centre is taking place. The elected governors can no longer be dismissed by the president, as they could at the beginning of the 1990s. In many regions authoritarian regimes headed by a governor have been formed that are analogous with the presidential regime in Moscow. An informal clientele structure has emerged that includes the leading representatives of the regional executive power and of legislative, the directors of enterprises and banks and of political associations and regional mass media organisations. These networks of patronage are based on a densely-woven system of mutual dependence. The political centre in Moscow has scarcely any influence over the formation and political orientation of these clientele structures. As well as becoming increasingly independent from the centre, the regions are also developing distinctive economic and political characteristics that distinguish them from one another. Socio-economic discrepancies are growing.
7. The financial and economic crisis that began in the summer of 1998 led to a new wave of unregulated regionalisation. Given the helplessness of the central government, the presidents of the republics and the governors of the Russian territories have begun to act according to the motto: Every man for himself! Price regulation, restrictions on the movement of goods across the "borders" of the own region and even the calling of states of emergency have led to a situation whereby the RF is less of a unified economic territory than ever before. The high-handed behaviour of the regional authorities generally contradicts the law and the constitution, but it nonetheless continues to find support among the population. People trust the regional leaders more than the leadership in Moscow. Two thirds of the population favour granting regional administrations the right to block orders from the centre if they contradict local interests.
8. The formation of a civic nation within the borders of the RF would be an important contribution to the stability of Russia. In order for this to happen Russia would have to agree to confine itself as a nation to the borders of the RF, to recognise certain political and cultural prerogatives of the Russian nation as well as the protection of minorities, which always requires a restriction of democratic equality. The reality of Russia today, however, shows that at present it is impossible to speak of a consolidation of the political nation of Russia. It is threatened both by imperialist rhetoric and by tendencies towards the dissolution of the unified political, legal and economic sphere of the RF. That what seems to be desirable, will not be realised.